

Die „Weltmacht“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Strasse 17,
mit dem Postamt verbunden.
Preis vierteljährlich 1.20, 3.50,
pro Woche 23 Pf.
Durch die Post bezogen 1.20, 3.50,
frei ins Haus 1.20, 3.50,
bei Leuten Post am Orte 1.20, 3.50.

Wolkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher
Redakteur
Dr. G. G. G.
15. Jahrgang
17. Jahrgang

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 12.

Dienstag, den 16. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Das Breslauer Urteil vor dem Dreiklassenhaufe.

Am Sonnabend ist das auf Grund des „elendesten aller Wahlsysteme“ gewählte „Haus der Abgeordneten“ in Berlin wieder zusammengetreten und hat die Beratung der Etats begonnen. Was in der Luft lag, das kam auch in diesem Hause, wo das Junkerturn reiert, zur Sprache. Der konservative Abgeordnete Freiherr von Erffa schnitt im angeblüh direkten Aufruf seiner Fraktion das fürchtbare Urteil gegen unseren Kollegen Lötze an, nachdem er erst dem Oberbürgermeister Dr. Bender die Zustimmung verweigert hatte. Wir geben nachstehend die Ausführungen des Scharfmachers, soweit sie auf die Sozialdemokratie Bezug haben, sowie die der nachfolgenden Redner möglichst vollständig wieder:

Abg. von Erffa (konservativ):

... Damit verlaufe ich die Fleischnot, weil ja eine freistimmige Debatte, der Oberbürgermeister Dr. Bender in Breslau sie offiziell seinen Arbeitern gegenüber für beendet erklärt hat. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.)

Ich komme zu der unerfreulichsten und ernstesten Erscheinungen in unserem staatlichen Leben: zur nichtswürdigen Agitation der Sozialdemokratie.

Durch die scheinbaren Erfolge der Revolution in unserem Nachbarlande ist der Sozialdemokratie Preußens und Deutschlands der Raum geschwollen, sie treibt zur Zeit eine geradezu schamlose Agitation (Sehr wahr! rechts), daß jeder Patriot sich fragen muß, ob die Sache so weitergehen kann. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist ja sehr erfreulich, daß die Regierung sich so stark fühlt, daß sie sagt: „Redet und schreibt, was ihr wollt; wenn ihr aber zur Propaganda der Tat, wenn ihr auf die Straßen geht, sollt ihr die volle Macht der Staatsgewalt zu fühlen bekommen.“ Aber der einfache schlichte Mann im Lande versteht dieses Störgeräusch der Regierung nicht; er, der seinen König und sein Vaterland liebt und dem die Achtung vor dem Gesetz etwas Selbstverständliches ist, kann nicht begreifen, wie täglich alles, was ihm hoch, heilig und teuer ist, so gut wie ungeschützt in den Schmutz gezogen und lächerlich gemacht werden darf. (Lebhaft. Bravo! rechts.) Er hält das für Schwäche, nicht für eine Stärke. (Sehr wahr! rechts.) Soll diese vergiftende Agitation nicht mit gewissen Schritten weitergehen, so bedarf es meiner Meinung nach nicht eines neuen Gesetzes oder Ausnahmegesetzes, sondern nur einer entschlossenen Anwendung der bestehenden Gesetze, wie sie in einem ersten Fall der neueren Zeit in Breslau geschah, wo der Redakteur Lötze zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Ich will keine Kritik daran üben, daß er gegen 10,000 Mark wieder entlassen worden ist. Aber es ist doch eine schöne Illustration für das sogenannte Proletariatsgesetz, daß Herr Lötze sofort 10,000 Mark auf den Tisch legen konnte. Allgemein müßten gegen die Sozialdemokratie die §§ 86 und 136 des Strafgesetzbuches angewendet werden. Denn was redet und schreibt sie jetzt anderes als Vorbereitung zum Hochverrat und Aufreizung zum Klassenhaß. (Stürmische Beifall rechts.) Wenn Graf Plücker, dessen Agitation wir gerade so verurteilen wie jede andere Partei (Bravo! links), zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt worden ist, warum tritt man der Sozialdemokratie nicht ebenso energisch entgegen? (Sehr gut! rechts, Heiterkeit links.) Was jetzt in Preußen geschrieben wird, ist nicht Preksfreiheit mehr, ist Preksfreiheit. (Sehr wahr! rechts.) Jede Freiheit muß mit Ordnung gepaart sein, sonst wird sie zum unerträglichsten brutalen Terrorismus. (Stürmische Zustimmung rechts.) Wie man mit solchen Leuten wie den jetzigen Sozialdemokraten noch Kompromisse schließen oder Wandnisse eingehen kann, ist mir unverständlich. (Sehr wahr! rechts.) Ich hoffe, daß wir in Preußen solche Schande nicht erleben werden. (Bravo! rechts.) Ich bin mir vollkommen bewußt, daß die freistimmige und sozialdemokratische Presse, in erster Reihe natürlich das „Berliner Tageblatt“, mich wegen meiner Neuforderungen der Scharfmacherrei beschuldigen werden; oder das ist mir vollkommen gleichgültig. (Sehr gut! rechts.) Gegenüber all dieser Schlapmacherei, die heute vorhanden ist, wollen wir der Regierung die Augen und das Gemüße schärfen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir haben volles Vertrauen zur Regierung, verlangen aber, daß jeder hochverräterischen Handlung, jeder einzelnen Gesetzesverletzung in dieser Richtung mit rückichtsloser Energie entgegenzutreten, jede einzelne verfolgt und zur Strafe gebracht wird. (Stürmischer, launehaltender Beifall rechts.) Preußen bewegt sich auf allen Gebieten in den Bahnen einer gesunden Entwicklung vorwärts. Möge die Regierung dafür sorgen, daß uns nicht durch die verabschiedete Agitation der Sozialdemokratie die Freude am Vaterland verborben werde. (Lebhafte Beifall rechts.)

Darauf ergriff sofort zu einer ersten Erklärung im Landtage das Wort der neue Justizminister Dr. Weseler:

Die größte Wichtigkeit der Frage, welche der Herr Berichterstatter (Heiterkeit) vorben am Schluß seines Vortrages angeregt hat, veranlaßt mich, schon in diesem Stadium der Beratungen einige

Worte hierzu vorzutragen. Sie können ohne weiteres von mir annehmen, daß ich das Verhalten der Sozialdemokratie in unserem Vaterlande von jeher auf das sorgfältigste beobachtet habe. Das ergibt sich ja schon für jeden Privatmann, um so mehr aber, wenn man in einer amtlichen Stellung ist, die in verschiedenen Richtungen auf diese Frage hinweist. In erheblichem Maße ist diese Frage an mich herangetreten, seitdem mir die Leitung des Justizressorts übertragen worden ist. Unter den vielen Fragen, denen ich hier begegnen bin und die noch für mich offen und zu lösen sind, habe ich diese hier vorben herüber als eine der wichtigsten betrachtet. Ich habe schon in den ersten Tagen Beratungsgesprächen und genommen, die Frage eingehender noch zu prüfen, als es bisher möglich war, weil ich jetzt in der Lage war, ein großes Material vor Augen zu bekommen. Ich habe, wie ich hiermit erklären will, nicht nur äußerlich Informationen eingezogen, sondern auch eingehende Erwägungen und Beratungen veranstaltet, wie man den vom Richterstand vielfach hervor gehobenen Missetänden mit Nachdruck entgegenzutreten könnte. In wenig Wochen läßt sich natürlich eine so weitreichende und alle Ressorts und nicht allein das Justizressort angehende Frage, wie die, was etwa geschehen wird und wie etwas geschehen kann, nicht beantworten. — Den Gedanken aber, den auch der Herr Berichterstatter (Heiterkeit) betont hat, unterbreite ich vollkommen: daß die Gesetzgebung, wie wir sie jetzt haben, wohl ausreicht, mit ganzem Nachdruck einzugreifen. Ob und wie dies geschehen soll, wird noch von mir erwogen werden. Ich kann Ihnen versichern, daß ich durchaus auf dem Standpunkt stehe, daß energisch und streng vorgegangen werden soll. Aber Sie wissen so gut wie ich, daß die Anwendung der Gesetze nicht in der Hand der Verwaltung, sondern der Gerichte liegt, und wissen, daß die Gerichte unabhängig und frei sind. Ich erkläre, daß ich diesen Standpunkt stets nach jeder Richtung hin vertreten habe und jede direkte Neuerung gegenüber den Gerichten ablehnen muß. (Bravo! links.) Ich kann Ihnen nur versprechen, daß alles, was in dieser Beziehung öffentlich hervortritt, aufs sorgfältigste dahin geprüft werden muß, inwiefern das Gesetz verletzt wird, um dann auch die Bestrafung der Tat folgen zu lassen. (Bravo! rechts.)

Aus diesen Auslassungen des neuen Justizministers geht also mit aller Deutlichkeit hervor, daß wieder einmal auf Grund des bestehenden Rechtszustandes eine Ausnahmeaktion gegen die Arbeiter-Partei vor sich gehen soll. Man kann demnach noch auf manche Opfer gefaßt sein. Aber trotzdem kann man es merkwürdig finden, daß der Leiter des Justizressorts von der parlamentarischen Tribüne herab seinen Untergebenen derartige Winke mit dem Zaunpfahle gibt. Wenn der Herr Minister sagt: Es soll mit aller Strenge jede nur erwischbare Neuerung bestraft werden! — ja, welcher strebame Staatsanwalt kann solchem Winke widerstehen? Und welcher Richter, der noch eine Karriere vor sich hat, wird sich besonderer Milde hefeiligen, wenn sein höherer Vorgesetzter unter „Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit“ doch besondere Strenge für erwünscht erklärt?

Indessen können wir die Betrachtungen darüber ruhig unseren Lesern überlassen. Wir fügen hier noch die Ausführungen an, welche sonst noch im Dreiklassenhaufe über die Agitation der Sozialdemokratie gemacht wurden. So meinte

Abg. Brömel (Freisinnige Vereinigung):

Eine andere Frage, die ich bereits in meiner vorjährigen Etatsrede kurz berührt habe, ist die Reform der Grundzüge der Landesvertretung in Preußen. Die Reform des Wahlrechts könnte bei jeder Frage, die wir hier behandeln, zur Sprache gebracht werden, konnte ein ceterum censeo jeder Debatte hier sein. Aber ich habe zum Cato weder Talent noch Neigung; Cato soll ja auch ein recht langweiliger alter Herr gewesen sein. (Heiterkeit.) Aber zwei besondere Anlässe zwingen jetzt zur Behandlung der Wahlreform. Zunächst die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung, die zeigen, daß es mit der Ungleichheit der Wahlkreise von Jahr zu Jahr schlimmer geworden ist. Aber noch wichtiger ist eine Reform des ganzen Wahlrechts und Wahlverfahrens, und mit dem Vordrängen der Reform die ganze Frage zum Ministerium des Innern verchieben, biete doch, sie ungebührlich klein machen. (Sehr wahr! links.) heißt, eine Reformfrage sehen, wo es sich um eine fundamentale Reformfrage handelt. (Sehr wahr! links.) Noch viel schärfer, als zur Zeit, da es geäußert wurde, trifft heute Bismarcks Wort vom elendesten aller Wahlsysteme zu; ist es doch heute unendlich viel plutokratischer als damals. (Sehr wahr! links.) Wir fordern auch für Preußen das Reichstagswahlrecht. (Lebhafte Zustimmung links; Unruhe rechts.) Aber auch wenn Sie (nach rechts) es ablehnen, haben Sie doch kein Recht, sich damit für die Ablehnung jeder Reform des preussischen Dreiklassen-Wahlsystems zu entschuldigen. (Sehr wahr! links.) Freilich würde selbst die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts in Preußen nicht zu dem erwünschten Resultate führen, wenn nicht die bessernde Hand an die Wahlkreisverteilung gelegt wird. Bei ihrer Schaffung im Jahre 1860 hat man zwar im Interesse der Verwaltung nicht mechanisch geteilt, aber doch die Bevölkerungsziffer von 50,000 unabweisbar als Grundlage festgehalten. Damals hatte man auch kein Bedenken, Berlin die für 429,000 Einwohner zukommenden 2 Abgeordneten zu geben. Jetzt vertreten diese 2 Millionen. Noch

schlimmer steht es um das Recht anderer preussischer Großstädte. B. Stettin. Nun will ich ja nicht behaupten, daß es immer nur auf die Quantität, nie auf die Qualität der Gewählten ankommt. Nehmen Sie für die Wahlkreisverteilung, welchen Wahlstab Sie wollen, Bevölkerungsziffer, Steuerleistung oder auch die Zahl der Willkürlichen, bei keinem sind solche Differenzen möglich wie bei dieser jetzigen. (Sehr wahr! links.) Die gegenwärtige Wahlkreisverteilung ist vollkommen verfallen und verrotten. (Lebhafte Zustimmung links.) Daß die Städte sich jetzt zusammenschließen, um außerhalb des Parlaments gemeinsam ihre Interessen zu vertreten, ist die notwendige Folge des jetzigen Zustandes, der den Städten die Vertretungen verlagert, die ihnen gebührt. (Lebhafte Zustimmung links.) Zuruf rechts: Aber sie sind doch da! Die Leiter unserer großen Städte würden viel lieber bei der ruhigen Arbeit bleiben, die ihnen die Selbstverwaltung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet im reichstem Maße gibt; aber die Not der Zeit rufft sie hervor. (Sehr wahr! links.) Unter Wahlverfahren ist das komplizierteste und unangenehmste, das überhaupt erdacht werden kann. Die breiten unbemittelten Klassen werden dadurch tatsächlich vom Wahlrecht ausgeschlossen. (Sehr wahr! links.) Das Wahlverfahren ist doch das Beste, das eine möglichst rege Wahlbeteiligung ermöglicht. Eine Wahlrechtsreform, die das gegenwärtige Wahlverfahren nicht ändert, würde ich für durchaus unzulässig betrachten. (Sehr wahr! links.) Die fürnenden Demonstrationen in Volksversammlungen und Velleicht auf der Straße, mit denen die Sozialdemokratie das gebührende Wahlrecht erobern will, scheinen mir für die Sache nichts weniger als förderlich. Auch ich bedauere es lebhaft, daß diese Bewegung so maßlose Deklamation hervorgerichtet hat. Wenn aber der Abgeordnete von Erffa die Staatsanwälte auffordert, jetzt schärfer als bisher vorzugehen, so muß ich ihm doch erwidern, daß sie stets und in jedem Falle so zu handeln haben, wie das Gesetz ihnen vorschreibt. (Sehr wahr! links.) Und zu der Unabhängigkeit der preussischen Richter habe ich das Vertrauen, daß sie sich nur von ihrer ehrlichen Überzeugung leiten lassen und wirklich urteilen werden. Von Rechts wegen! (Lebhafte Beifall links.) Ich freue mich aber, daß der Justizminister die Worte des Herrn von Erffa richtig aufgenommen hat; er hat über die Unabhängigkeit der Richter Worte gesprochen, wie wir sie von einem preussischen Justizminister erwarten durften. (Bravo! links.) Schließlich ist die Bewegung in der Sozialdemokratie zu begrüßen. Das Erbeben in Preußen hat sehr viele Wellenbewegungen weit hinaus geschleudert. Da ist es Pflicht jedes Patrioten, soweit seine Stimme reicht, vor Besonnenheit zu mahnen nach rechts und links. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Herr v. Erffa greift das „Berl. Tageblatt“ an, weil es seine Scharfmacherei nicht mindert. Gegenüber dem jetzigen sozialdemokratischen Treiben nimmt es aber dieselbe Stellung ein, wie ich. (Zuruf rechts: Ja jetzt!) Erste Sätze der öffentlichen Ordnung könnten nur die notwendigen Wahlrechts-Reformen verändern. Darum ist die Sozialdemokratie, wenn sie dann anreißt, die schlimmste Feindin der Arbeit erschaft. (Sehr wahr! auf verschiedenen Seiten.) Aber auf der anderen Seite ist eine Reform des Wahlrechts dringend notwendig, aus Gründen der Gerechtigkeit, an die man in Deutschland nie verwehren sollte, wie aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit. (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist nicht zweckmäßig, weite Kreise des Volks von jeder tatsächlichen Teilnahme an der Volksvertretung auszuschließen und die tiefe Klut, die in Deutschland unzulässig zwischen Besitzenden und Besitzlosen besteht, noch durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und verkehrte Gesetze zu vertiefen. (Sehr wahr! links.)

Der Abg. Brömel gibt also zu, daß die Wahlrechtsfrage bei jeder Vortage im Junkerparlament angeschnitten werden könnte, daß sie eigentlich ein ständiger Gegenstand der Debatte sein müßte. Aber er und seine Freunde haben nicht Lust, „Cato zu spielen“ und immer wieder an das Dreiklassenunrecht zu erinnern. Nur wenn draußen die sozialdemokratischen Massen sich zu machtvollen Kundgebungen rufen, wenn man in Palästen zittert, in den Kasernen die Truppen von dem Urlaub zurückhält und die Schapsleute im Schießen üben läßt — völlig überflüssiger Weise übrigens — erst dann findet der Freisinn auch den Mut, wieder einmal um eine Reform zu bitten! Natürlich nicht, ohne auf die ungestümen Mahner zu schelten, die ihn aus dem Schlafe gerüttelt haben.

Die Debatten über dieses Thema werden im Junkerparlament wohl noch ein Weilchen fortgehen. Die Arbeiterschaft aber wird ungehört sich ihrer Aufgaben bewußt sein: Endlich muß auch trotz des Borns der Erffa und Genossen das Dreiklassenhaus einem wirklichen Volksparlament weichen. Mögen die Herren umsonst zittern. Die Sozialdemokratie geht diesmal nicht auf die Straße! Die Schenkungen werden vergebliche Zeitverschwendung bleiben! Der Massenschritt der Arbeitercharen wird trotzdem gespart! Im Gerichtssaal, im Ministerium, im Parlament! Arbeiter nützt die Zeit! Agitiert für Massenbesuch der Demonstrationen versammlungen am nächsten Sonntag!

Politische Heberhacht.

Sinen Plottenrummel eigener Art veranstaltet das „alldeutsche“ Organ von Staatsanwälten, Professoren und „Gebildeten aller Stände“, die Berliner „Tägl. Rundschau“. Sie hat einen „Petitionsturm“ für die Verstärkung der Flotte inszeniert und will bis jetzt 100,000 Unterschriften haben. Das heißt, im ganzen Reiche ist gesammelt worden und sogar Arbeiter sollen ihre Unterschrift für diesen „patriotischen Zweck“ hergeben. Daraus folgert nun das „ge-

Organ, das die Leute selten, die früher sozialdemokratisch genannt wurden. Ein merkwürdiges Vergnügen, jeden Stotterbegeisterten Arbeiter als ehemaligen Sozialdemokraten zu bezeichnen! Aber der Sport könnte noch hingehen, wenn das Stotterbegeisterte Organ nicht auf den Einfall gekommen wäre, zu behaupten, daß eine so starke Zahl von Unterschriften noch niemals dem Reichstag vorgelegen habe. Man hat dabei die Kleinigkeit vergessen, daß die Petition gegen den Brotwucher nur 3 1/2 Millionen Unterschriften trug. Allerdings hatte die Brotwuchermehrheit auf kumpelige 3 1/2 Millionen gar keinen Wert gelegt. Die 100,000 Stotterbegeisterten werden allerdings mehr Beachtung finden, als die 3 1/2 Millionen gegen den Brotwucher protestierenden Proletarier!

Der Kampf gegen den Wahlrechtskampf wurde mit Beschlagnahme unserer Flugblätter eingeleitet. In Östlich hat man 25,000 Flugblätter konfiszieren, die sich gegen das Dreiklassenparlament richten und in Elberfeld sind es gar 188,000 Exemplare gewesen, die der Polizei in die Hände fielen. Trotzdem geht die Agitation gegen das Dreiklassenrecht weiter!

Die „Post“ belustigt ihre Leser in dieser trüben Zeit folgenbermaßen:

In einem sozialdemokratischen Flugblatt heißt es: „In der gewaltigen Zeit, wo die Gewaltbereitschaft des Jaren ins Grab sinkt, wird hoffentlich auch der Antifaschismus — hier folgt ein Gedanke nach, damit der Leser erahne „ins Grab sinken“, es wird ein altherm, aber belandeter Reliquat eingeschoben, offenbar nur, um den Juch des Gedankens zu verschleiern, und dann kommt der herkulische Ringende Schluss des Satzes: „mit der Wille vorwärts geschoben.“ Ja, die gemeingefährlichen Apokalypse des Umsturzes verstehen es in raffiniertester Weise, die Leute etwas anderes, viel Schärferes lassen zu lassen, als tatsächlich ist, was auf weiß darstellt. Die Umstürzer sind verrissen und gerieben, in allen Geheimbündnis- und Verschwörerkreisen erfahren, gewohnt, das Gegenteil von dem zu sagen, was sie denken und tun wollen.“

Su, su!
Inzwischen nehmen die Dresdener Urteile an Zahl und Umfang zu. Für heute liegen folgende Meldungen vor. Wegen Teilnahme an Straßendemonstrationen etzelten:

- Albert Gert, Bohrer, 7 Monate Gefängnis,
- P. A. Gartenstein, Schlichter, 2 Monate Gefängnis, 3 Wochen Haft,
- A. S. Pörschel, Arbeiter, 5 Monate Gefängnis,
- Paul Pörschel, Arbeiter, 3 Monate Gefängnis,
- Paul Pörschel, Arbeiter, ein Jahr Gefängnis,
- Max Pörschel, Arbeiter, ein Jahr Gefängnis.

Der Weiße Schrecken! Am Sonntag finden wiederum Massenversammlungen in Sachsen statt.

Der Reichstag wurde am Sonnabend nach 5 tägiger Arbeit mit der ersten Besichtigung des Steuerbuchs fertig, das er zur weiteren eingehenden Besichtigung einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überwies. Im Anfang der Sitzung war Herr v. Stengel so gültig, mitzutun, daß die Regierung auf eine Steuerreform vorläufig und auf ein Tabakmonopol definitiv verzichtete. Die Mittelstandsfeindlichkeit der Regierung wies Genosse Meißner an dem Beispiel der Stempelsteuer, die er gebührend zerpflanzte, eingehend und unerbittlich nach. Nach einem kleinen häuslichen Streit zwischen nord- und süddeutschen Agrariern über die Nachschneidener, die die eisernen fordern und die letzteren verwerfen und einem Hebeduell Ranitz-Goth ein über die Frage des französischen Weizenzoll wurde die Debatte geschlossen. Nicht schnell wurde die erste Lesung der Novelle zum Naturabergbauabgesetz abgetan. Konervative, Zentrum, Sozialdemokrat, Freiwirtschaftliche und Nationalliberale klagten einmütig über zu niedrige Bergbauabgaben. Die Vorlage ging an die Budgetkommission. Am Montag stehen außer kleineren Vorlagen die Interpellation Hören über die

Verabschiedung von Offizieren wegen Duellverweigerung und die Vorlagen über Erhöhung des Gehalts und der Wohnungsgeldzuschüsse auf der Tagesordnung.

Gegen die „fremden Aufständischen“ in Südwest-Afrika giebt es jetzt wieder einen neuen Vorstoß. Amtlich wird darüber bekanntgegeben:

Nach den letzten Meldungen des Oberst Dame war die „Bande“ M o r e n g a s am Oranienfluß bei Gartebeestund und Wolfsbrunn festgesetzt worden. Ihnen gegenüber standen, unter dem Kommando des Majors von G r o r f f, die Abteilung des Hauptmanns von Erdert südlich Warmbad, die Abteilung des Hauptmanns von Lettow-Nordost südlich Nammas, die dritte Abteilung unter Hauptmann Heud spert etwa in Linie Dalmatien-Panorama der Ostgrenze.

Hauptmann von Lettow-Nordost hat am 5. Januar früh bei Dürbriß (70 Kilometer südlich Warmbad) mit 82 Gewehren eine etwa gleich starke Sottentotten-Bande angegriffen. Das Gesecht endete mit dem Abzug des Gegners nach Norden. Er ließ drei Tote auf dem Platz, darunter M o r e n g a s Bruder Matthias. 44 ausgerüstete Reittiere wurden den Sottentotten abgenommen. Auf deutscher Seite fiel ein Unteroffizier. Hauptmann von Lettow, Leutnant Ding und ein Mann wurden schwer verwundet, sechs Mann leicht verwundet.

Gegen Cornelius, der sich in die Arnaberge zurückgezogen hatte, ist erneut eine Strafexpedition in Aussicht genommen.

Die Abteilung des Majors von der Heyde brachte bei Gubunoms (unweit Amintus) Simon-Copperleute zurück und erbeutete einige Gewehre.

Am 1. Januar haben sich in Gibeon 1400 Sottentotten abgeben. Anfolge des Marquis des Gouverneurs an die Sottentotten vom 1. Dezember vorigen Jahres stellten sich bis Ende Dezember in Omaruru, Omurru und Oshanaena 737 Sottentotten, darunter 190 Männer mit 23 Gewehren. Schwächere Sottentotten trafen immerhin in der Nähe von Windhof Ende Dezember noch Farmen an, wurden jedoch zurückgeschlagen.

Als Gesamtergebnis stellt sich also heraus, daß zwar allerlei Einzelerfolge erzielt sind, daß noch viel deutsches Blut in den Sand der Wüste rinnen wird, bis man endlich vor dem Nichts steht. Inzwischen kommt folgende neue Verlustliste:

Nach einem Telegramm aus Windhof ist Reiter Emil Thienemann (geb. am 25. Juli 1880) in Schöningen, früher im Inf.-Regim. 77, am 6. Januar 1908 im Lazarett Warmbad an Typhus gestorben. — Reiter Otto Becker (geboren am 28. Oktober 1882 zu Königsmutter, früher im Inf.-Regim. 79), dem 17. Dezember bei Arinob vermißt.

Die glorreiche Kolonialpolitik der Neuzeit wird noch viel solche Verlustlisten ohne Gewinnlisten bringen!

Die katholische Geistlichkeit im neuen preussischen Etat. Im Kapitel 115 des Entwurfs erscheinen neu die Titel 14 und 15. Es sollen danach Staatsbeamte ernannt werden: Für Erhöhung der Gehälter der Bischöfe von Giebelsheim (bisher 14,183.36 M.), Osnabrück (bisher 12,222.22 M.) und Bielefeld (bisher 12,222.22 M.) auf den Betrag von je 18,000 M. gleich 14,077.80 M. In Reichen 12 Bischöfe je 2000 M., für 2 Bischöfe, den fürstbischöflichen Delegaten in Berlin, den Großdechanten und fürstbischöflichen Vikar der Erzdiözese Magdeburg und fürstbischöflichen Kommissars für den Distrikt Kalkar je 1000 M. gleich 36,000 M. Die Dignität in den Diözesen Gnesen-Posen, Breslau und Köln sollen ein Gehalt von 7500 M., diejenigen der übrigen Diözesen ein Gehalt von 7000 M. erhalten; die Domherren in den Diözesen Gnesen-Posen, Breslau und Köln 5000 M., in den übrigen Diözesen 4500 M. Anfangsgehalt, welches in zwei fünfjährigen Perioden um je 500 M. auf den Höchstbetrag von 6000 M. oder 5500 M. steigt; die Domvikare ein Gehalt von 1800 M.

Neue Ober der Sandwüste. Ein Telegramm aus Windhof meldet folgende Verluste in dem Gesecht am 5. Januar bei Dürbriß: Gefallen: Bischofswinkel Hugo Bloch, geb. zu Osnabrück, früher Infanterie-Regiment 98 in Metz (Vedersburg). Verwundet: Hauptmann Paul v. Lettow-Nordost, geb. zu Saarburg, früher Königin Elisabeth Garde-Grenadier-Regiment in Charlottenburg, schwer (Splinter in das linke Auge); Leutnant Eduard Gehring, geboren zu Osnabrück, früher Infanterie-Regiment 157 in Driega, schwer (Streifschuss am Kopf und Splinter ins rechte Auge); Reiter Emil Lehmann, geboren zu Nieder-Röblingen, früher Maschinenabweichung 2 in Bielefeld, schwer (Schuß in den linken Oberarm); Sergeant Otto Hoas, geboren zu Raditz, früher Dragoner-Regiment 7 in Saarbrücken, leicht (Steinsplitter in den linken Unterarm); Unteroffizier Heinrich Schönbohm, geboren zu

Ottendorf, früher Infanterie-Regiment 97 in Saarburg, leicht (Steinsplitter in den Fuß); Gefreiter Paul Kolbe, geboren zu Decendorf, früher Infanterie-Regiment 14 in St. Arols, leicht (Steinsplitter ins Gesicht); Reiter Walter Petermann, geb. zu Döbeln, früher im Feldart.-Reg. 77 in Leipzig, leicht (Schulterkugel). — Reiter Franz Boege, geb. zu Linz, früher Inf.-Reg. 129 (Kalkar) am 8. Januar in der Krankensammelstelle in Nammas bei einem Typhus gestorben.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Malergeselle Richard Meißner in Linna von der Dorlmunder Strafkammer am Freitag an drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wie sich herausstellte, hatte Meißner die beabsichtigte Änderung nur getan, weil er vollständig mittellos gewesen war und sich ein Unterkommen hatte beschaffen wollen.

Der wegen Weinverschärfung bestrafte freiwirtschaftliche Reichstagsabgeordnete Sartorius hat, wie aus Neustadt in der Pfalz gemeldet wird, nunmehr sein Mandat niedergelegt. Lange genug hat's gedauert.

Drei neue Marineoffiziere sind dem Reichstage vom Kaiser überwiesen worden. Sie stammen vom Dezember 1905 und sind vom Kaiser selbst ausgezeichnet. Zur Darstellung sind folgende die Schlachtlotte Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Tafeln haben in der Wandelhalle des Reichstags neben den drei Tafeln vom Oktober (Darstellung der englischen Schlachtlotte) Aufstellung gefunden.

Nachfrage zu dem Streit um das Sibirische Eisenbahn. In dem Beileidigungsprozess des Vizepräsidenten des Sibirischen Eisenbahns, Hofmann, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Sibirischen Volkszeitung“, Remmann, in Sachen der „Diebstahl-Depesche“ hat die Vernehmungsinanz den Angeklagten zu 1300 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten beider Instanzen verurteilt. Dem Kaiser wurde die Publikationsbefugnis ausgeschrieben. In der ersten Instanz war Remmann zu zwei Wochen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Die Unfälle im preussisch-hessischen Eisenbahnbetrieb während der letzten zehn Jahre werden in dem Bericht des Minister-Büro des Reichstags überreicht hat, angehängt. Die Zahl der Entgleisungen betrug 1895: 250, 1904 dagegen 315. Bemerkenswert ist dabei, daß die Zahl der Entgleisungen auf den Stationen gleich geblieben ist, nämlich 171, daß sich dagegen die Entgleisungen, die auf freier Bahn erfolgten, nahezu verdoppelt haben, nämlich von 79 auf 144. Zusammenfassend erfolgten 1895: 44, 1904: 190. Die Gesamtzahl der Entgleisungen und Zusammenstöße auf freier Bahn und den Stationen stieg von 394 (1895) auf 505 (1904). Die Zahl der sonstigen Unfälle betrug insgesamt 1091 (1895), im Jahre 1904 1687. Die Zahl sämtlicher Unfälle stieg von 1485 im Jahre 1895 auf 2192 im Jahre 1904. Auf eine Million Kilometer durchschnittlicher Betriebslänge kommen demnach 1895 5.5 Unfälle, im Jahre 1904 6.5. Dagegen ist die Unfallhäufigkeit auf eine Million Lokomotivkilometer gerechnet, von 4 (1895) auf 3.43 (1904) gesunken. Bei den Entgleisungen und Zusammenstößen fällt auf, daß die höchste Zahl in dieser Hinsicht das Jahr 1900 aufweist, nämlich 340 Entgleisungen und 215 Zusammenstöße.

Im Eisenbahnbetriebe getötet und verletzt wurden 1895: 1244 Personen; in dem zehnjährigen Zeitraum stieg die Zahl auf 1979 im Jahre 1904 als Höchstzahl. Bei Zug- und sonstigen Betriebsunfällen verunglückten 1904 unverändert 182 Personen, durch eigene Schuld 90 Personen. Auf eine Million beförderte Reisende betrug die Quote der tödlichen Unfälle 0.03, die Verhältniszahl der Verletzten 0.33. Allerdings ist diese Zahl gegen das Vorjahr 1903 um ein geringes gesunken. Von Bahnarbeitern und Bahnarbeitern im Dienste wurden 1904 insgesamt 401 Personen getötet, verletzt 870. Bei diesen Fällen stellt sich die Beschäftigtenzahl bei einer Million Zugkilometer auf 1.04 bzw. 2.25. Durch falsche Handhabung der Wechsellagerungsmechanik und infolge einer Unvorsichtigkeit beim Ueberfahren der Bahnstrecke verunglückten 1904 tödlich 207, wurden verletzt 111 Personen. Durch Selbstmord fanden ihren Tod auf den Schienen 1904 163, 1903 199 Personen. Auf Grund des Haftpflichtgesetzes hat der Eisenbahnbetrieb im Jahre 1904 an einmaligen Abschindungen insgesamt 1,650,000 M., zum allergrößten Teil an verunglückte Fahrgäste, gezahlt, 1903 1,285,000 M. Erheblich höher stellen sich die fortlaufenden Zahlungen an verunglückte Beamte und Fahrgäste, nämlich 2,883,000 M. für 1904 und 2,978,000 M. für 1903.

Ausland.

Die ersten Neuwahlen in England. Am Sonnabend Vormittag wurden neunzehn Kandidaten, denen keine Kandidaten gegenüberstanden, gewählt, nämlich fünf Liberale, sieben Unionisten und sieben irische Nationalisten, unter ihnen John Redmond. Insgesamt sind bisher zehn Liberale, acht Unionisten und sieben Irren gewählt.

Stefan vom Grillenhof.

Stefan vom Grillenhof.
Nachdruck verboten.
„Du, Stefan, du bist mir ein so lieb ansehender Vetterlein, ja, ich habe verdient, ich habe der Randl sehr wohl getan, — ich konnte mich nicht anders, aber sie hat recht, wenn sie mich zu vergessen läßt, und — jetzt erst vollends.“
„Jetzt — um?“ machte der Professor, nachdenklich den Mund verziehend. „Du weißt, aber — die Randl ist eben ein kleines Mädel.“ — Es war an einem Nachmittage, als dein Brief kam, den Du im Zettel gewunden und der mit dem Unglück mittelste, das Du verfahren; ich wußte mich erst nicht zu fassen, ich sah da den Brief vor mir auf den Boden, und — ich dachte, meine Augen müßten damals etwas umflort gewesen sein — ich dachte es vernünftiger nicht bemerkte, daß die Kleine hereinerschlichen und hatte hinter meinen Tisch getreten war; da sah sie ich und beim Kopf geklopft, und nach diesem Griff wußte ich auch schon, daß es die Randl ist, die mich an sich zieht und mich zögert mit einer ganz ungehörigen Heftigkeit auf die Augen laßt. Was ist es Du denn, Du Dummhals? Jahre ich auf, sie aber fährt mir noch immer an den Augen herum. Leiden Sie sich nur, Professor, sagte sie, er wird nicht sterben, er hat's glücklich überstanden.“ Der hat Sie erlaubt, den Brief zu lesen? „Aber ich mußte es doch einmal erfahren, und ich bin froh, daß ich's weiß, jetzt kann ich nichts Schlimmeres mehr treffen.“ — „Du bist nicht schüchtern genug?“ „Doch nicht, und sie sollte mir wenigstens den Kopf, aber gleich darauf wußte sie auf und lächelte. „Er wird wiederkommen“, sagte sie mit einem ganz eigentümlichen Ausdruck. „Jetzt weiß ich's sicher.“ Dabei lächelte sie hinaus und ich frage sie an dem Tage nicht mehr zu sehen. Am nächsten Morgen sage ich ganz vertieft bei der Arbeit. Du kloppst.“ Du weißt, ich bin sehr vertriebtlich, wenn man mich hört, ich rufe auch kein Gerin, aber die Tür geht trotzdem auf und die Randl klopft auf der Schwelle. Ich rufe sie zornig an und sage ihr, sie solle machen, daß sie wieder herauskomme; hat keinen aber kommt sie mir immer näher und bleibt endlich dicht vor mir stehen und sehr ganz feierlich aus. „Professor“, sagt sie, seien Sie nicht böse, aber ich komme' heut nicht nur so, es handelt sich um etwas Wichtiges, ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen.“
„Du mir einen Vorschlag?“ — „Ich möchte Ihnen ein Geschäft ertragen.“
„Ich glaube, ich bin in dem Augenblick ein gut Stück vor ihr zurückgefahren, jedoch ich in die Ecke meines Sofas zu rücken kam; sie benutzte sogleich diese günstige Gelegenheit und setzte sich neben mich, und sie hatte bedächtig die Hände und hielt mich dabei so — so ernst schreibend an, wie eine wirkliche Geschäftsfrau, die einen Handel abzuwickeln kommt.“
„Ein Geschäft?“ — „Ja, wiederhole ich; dann greife ich noch zwei Hand und fühle ihr den Puls. Randl, bist Du nicht ein wenig übergeschwappelt? Sie aber lächelt so recht pfiffig in sich hinein und nickt mir dann sehr überlegen zu. „Das Geschäft würde uns beiden Vorteil bringen, Professor, und es gehört schon einiger Verstand dazu, um auf so etwas zu kommen.“
„Ich möchte lassen.“ — „Mir scheint, Du tust Dir auf Dein Geschäftswissen schon im vornehmen etwas zu gute, das ist ja eine ganz neue Eigenschaft bei Dir; aber laß hören.“ Professor, Sie haben da — und sie zeigte dabei mit der Hand zum Fenster hinaus — einen großen, absehblich wüsten Acker, den Sie Ihren Garten nennen.“
„Du, Randl, drohte ich, beleidigte meinen Garten nicht! Es ist Ihnen noch niemals eingelefen, ihn zu verwenden, und noch viel weniger, ihn für sich ertragsfähig zu machen, nicht wahr?“
„Was soll ich damit anfangen?“ — „Das wissen Sie freilich nicht, aber ich, oh, das ist etwas anderes.“
„Du?“ — „Ja, und darum wolle ich Sie bitten, überlassen Sie mir den Garten; das erste Jahr umsonst, aber die nächsten Jahre will ich Ihnen Pacht dafür zahlen, und zwar einen sehr guten.“
„Du! Und von was willst Du ihn denn bezahlen?“ — „Von dem, was mir von meinem Verdienst übrig bleibt.“
„Pachtzahlend, es bleibt ihr noch was übrig!“ — „Und außerdem sollen Sie das schönste Gemüse haben, wahre Lederbissen, ganz umsonst.“
„Ja, wenn ich nur wüßte, wie ich Dein schönes Gemüse bezahlen soll, wenn ich drüben in Amerika bin.“ — „Ja ja, das ist ich habe, oder es macht nichts, wenn Sie es nicht essen können, so soll es denen zugute kommen, die Sie hier hinterlassen.“
„Ich hinterlasse jemand — so?“ — „Natürlich, die Kathrein nehmen wollen, und so mit nichts dir nichts in die Welt hinauskönnen können Sie sie auch nicht.“
„Gewiß nicht; es ist wahr, an das hatte ich noch garnicht gedacht.“ — „Sehen Sie, wenn ich nicht wäre, auf was Sie alles vergessen; ich sehe, das macht Ihnen jetzt Sorge, aber ich will diese Sorge von Ihnen nehmen. Sie überlassen mir das erste Jahr den Garten umsonst, und dafür lege ich für die Kathrein und den Acker, und Sie räumen mir hier im Hause für mich und meine Alte eine von Ihren kleinen Stuben ein, denn es wird besser sein, wenn ich auch hier wohne, und dafür will ich auf alles sehen und es verwalten, das Haus und die Gerätschaften, die Bibliothek und die Aquarien, die Kathrein und den Acker, ich werde über allem wachen, ich nehme alles auf mich.“
„Prächtig, Randl, aber sag, willst Du das alles im Sommer mit Stefan und im Winter mit dem Kartoffeln erhalten, die Du in meinem Garten anbauen willst?“
„Ja, ich werde die Randl bald laut zu lassen an.“
„Sie ist nicht so dumm, sagte sie, sie werde wieder Salat noch Kartoffeln bauen, ihre Mutter hätte ein Kartoffelfeld, das sie ihnen genug davon, sie werde selbsten Gemüse und um noch Kartoffeln pflanzen lassen. Und nun sing sie an, mit ihren Plan

übergeschwappelt? Sie aber lächelt so recht pfiffig in sich hinein und nickt mir dann sehr überlegen zu. „Das Geschäft würde uns beiden Vorteil bringen, Professor, und es gehört schon einiger Verstand dazu, um auf so etwas zu kommen.“
„Ich möchte lassen.“ — „Mir scheint, Du tust Dir auf Dein Geschäftswissen schon im vornehmen etwas zu gute, das ist ja eine ganz neue Eigenschaft bei Dir; aber laß hören.“ Professor, Sie haben da — und sie zeigte dabei mit der Hand zum Fenster hinaus — einen großen, absehblich wüsten Acker, den Sie Ihren Garten nennen.“
„Du, Randl, drohte ich, beleidigte meinen Garten nicht! Es ist Ihnen noch niemals eingelefen, ihn zu verwenden, und noch viel weniger, ihn für sich ertragsfähig zu machen, nicht wahr?“
„Was soll ich damit anfangen?“ — „Das wissen Sie freilich nicht, aber ich, oh, das ist etwas anderes.“
„Du?“ — „Ja, und darum wolle ich Sie bitten, überlassen Sie mir den Garten; das erste Jahr umsonst, aber die nächsten Jahre will ich Ihnen Pacht dafür zahlen, und zwar einen sehr guten.“
„Du! Und von was willst Du ihn denn bezahlen?“ — „Von dem, was mir von meinem Verdienst übrig bleibt.“
„Pachtzahlend, es bleibt ihr noch was übrig!“ — „Und außerdem sollen Sie das schönste Gemüse haben, wahre Lederbissen, ganz umsonst.“
„Ja, wenn ich nur wüßte, wie ich Dein schönes Gemüse bezahlen soll, wenn ich drüben in Amerika bin.“ — „Ja ja, das ist ich habe, oder es macht nichts, wenn Sie es nicht essen können, so soll es denen zugute kommen, die Sie hier hinterlassen.“
„Ich hinterlasse jemand — so?“ — „Natürlich, die Kathrein nehmen wollen, und so mit nichts dir nichts in die Welt hinauskönnen können Sie sie auch nicht.“
„Gewiß nicht; es ist wahr, an das hatte ich noch garnicht gedacht.“ — „Sehen Sie, wenn ich nicht wäre, auf was Sie alles vergessen; ich sehe, das macht Ihnen jetzt Sorge, aber ich will diese Sorge von Ihnen nehmen. Sie überlassen mir das erste Jahr den Garten umsonst, und dafür lege ich für die Kathrein und den Acker, und Sie räumen mir hier im Hause für mich und meine Alte eine von Ihren kleinen Stuben ein, denn es wird besser sein, wenn ich auch hier wohne, und dafür will ich auf alles sehen und es verwalten, das Haus und die Gerätschaften, die Bibliothek und die Aquarien, die Kathrein und den Acker, ich werde über allem wachen, ich nehme alles auf mich.“
„Prächtig, Randl, aber sag, willst Du das alles im Sommer mit Stefan und im Winter mit dem Kartoffeln erhalten, die Du in meinem Garten anbauen willst?“
„Ja, ich werde die Randl bald laut zu lassen an.“
„Sie ist nicht so dumm, sagte sie, sie werde wieder Salat noch Kartoffeln bauen, ihre Mutter hätte ein Kartoffelfeld, das sie ihnen genug davon, sie werde selbsten Gemüse und um noch Kartoffeln pflanzen lassen. Und nun sing sie an, mit ihren Plan

auseinanderzusetzen, den sie in ihrem Kopf schon ziemlich fertig hatte.
„Sie wollte in Lindau eine Gabelsgärtnerin errichten, sagte sie, und sie hätte den Anfang dazu schon in ihrem eigenen kleinen Gärtchen gemacht, und der Schloßgärtner, ihr alter Freund, hätte ihr verprochen, ihr dabei mit Rat und Tat an die Hand zu gehen. Ich konnte mich in Randl's lächerliche Projekte nicht sogleich hineinfinden, mir kamen sie allzu problematisch vor. Ich glaube ihr deshalb den Rat erteilen zu müssen, sie möge sich in solche Sachen nicht einlassen, ich würde ihr und Kathrein schon einiges Geld zurücklassen, von dem sie leben könnten, bis ich wiederkomme, aber das übrige sollte sie bleiben lassen, sie sei ein unvorsichtiges Mädel, das nicht einmal ordentlich schreiben und lesen könne, und das von Bodenkultur und Blumenzucht so viel wie nichts verstehe. Da bin ich aber an die Unrechte gekommen.“
„Sie wurde ganz wild und fragte mich, ob ich denn selbst mit 16 Jahren ein Gelehrter gewesen sei, wie jetzt, oder ob ich nicht ebenfall ein dummer Junge war, der seine Kenntnisse mühsam und nach und nach sich gesammelt, und weshalb ich denn bei ihr voraussetze, daß ihre Unwissenheit eine bleibende sein müsse, oder ob man überhaupt einem Mädchen nicht zutrauen wolle, daß sie eine Sache gerade so ernst nehmen könne, wie ein Junge. Kurz, sie hat ihrem Schönbibel keine Gewalt angetan, und sie hat mich tüchtig heruntergeputzt.“ Der kleine Mann lachte herzlich und vergnügt bei dieser Erinnerung an seine moralische Niederlage vor der Randl.
„Ich verschlere dich, ich würde ganz demütig, denn ich sah ein, daß die Kleine recht hatte, und daß ich selbst ein so alter Pfaffen sei, wie so viele, über die ich mich lustig mache, und gerade so alberne Bravourstücke habe, ohne mir deren immer bewußt zu sein. Ja, die Randl hat mich recht beschämt, aber zugleich freute ich mich über das Mädel, das so resolut und wacker ihre Sache verteidigte und sich nicht einschüchtern ließ, und ich beschloß, ihr dabei noch Kräfte beihilflich zu sein. Ich sagte ihr, ich würde ihr über die Ueberlassung des Gartens einen förmlichen Vertrag ausstellen, dann suchte ich ihr sogleich alle einschlägigen Werke über Bodenkultur, die ich besitze, hervor, und ich sprach ihr von dem Prinzip der Fruchtbarkeit und wie sie das selbst bei ihren Pflanzen in planmäßige Anwendung bringen könne. Sie hörte mir zwar aufmerksam zu, aber am nächsten Tage bemerkte ich, daß sie mir die Bücher alle wieder in meine Bibliothek zurückgestellt hatte. Sie sei für das gelehrte Zeug viel zu dumm, behauptete sie, als ich sie deshalb zur Rede stellte. Dafür hatte sie sich aber mit Ungestüm über meinen Garten hergemacht, und mit einem wahren Feuerzettel fing sie an, auszureiben, was etwa noch darin gewachsen. Es sel, lauter Unkraut, meinte sie. Ich ließ sie frei schlafen und wuschen, ich kaufte ihr Werkzeuge und Samen und ließ ihr einigen Dünger zuführen. Ich erlaubte mir nur die Frage, ob sie glaube, wenn sie erst wirklich einmal Blumen und Gemüse habe, ob das Blättern und seine wenigen Sommergäste jählich davon bedürfen würden, daß ihr das einigen Gewinn erträglich.“ (Fortf. folgt.)

Arbeiter-Karner Band, evang. S. - Aufsteiger Franz Sörbier, evang. S. - **Hausbälter Ernst Kubner, evang. L. -** Hausbälter Reinhold Scholz, evang. S. - **Büchsenmacher Paul Müller, ev. L.**

Todesfälle. I. Rentenempfänger Wlff. Respekt, 65 J. - Schneiderin Clara Kreischer, 50 J. - Arbeiterin Auguste Böhner, geb. Drelig, 84 J. - Anna, T. des Tischlers Hermann Fabliche, 6 Mon. - Paul, S. des Arbeiters Paul Wreth, 4 M. - Max, S. des Tischlers Jos. Volkmer, 2 Mon. - Elisabeth, T. des Schlossers Arthur Simon, 11 Mon. - Veredel. Hausmeister Pauline Soboth, geborene Werner, 40 Jahre. - Arbeiter Josef Dögler, 22 J. - Metallarbeiter Paul Bedien, 66 Jahre. - Bern. Rüstler Karoline Korrasch, geb. Gärtner, 63 J. - Bern. Bauunternehmer Antonie Nidel, geb. Biengewölz, 70 Jahre. - Verheiratete Schirrmann Pauline Gulle, geb. Gold, 27 Jahre. - Widelmacherin Ida Koch, 86 J. - Handlungsbefehle Robert Schumacher, 21 J. - Gerhart, Sohn des Reibenden Hermann Steiner, 8 W. - Gerhardt, S. d. v. d. n. Koffenbeamen Andreas Gora, 6 W. - Siegum, S. d. Schneiders Jos. Nemick, 2 J. - Dorffeldtr. Gottl. Drabon 51 J. - Mechaniker August Otto Lehne, 67 J. - Arbeiter Heinrich Schuber, 54 J. - Oberleutnant Fritz Miller, 82 J. - Ordensschwester Emilie Kömer, 78 J. - Antiquarerin Erwinne Lomper, 68 J. - Schuhmachermeister Franz Reiter, 68 J. - Hausb. Anton Scholz, 46 J. - Friseur August Böllner, 28 J. - Privatier Auguste Frankenstein, 63 J. - Veredel. Schreib- u. Handelslehrer Max Kröhl, geb. Gerstenberger, 26 J. - Veredel. Wäldermeister Joseph Deubanowski, geb. Pödelmeier, 66 J. - Veredel. Tuchmachermeister Herwig, 48 J. - Arbeiter Joseph Dzinbale, 6 Mon. - Veredel. Betr.-Verw.-Assistent Martha Titz, geb. Leder, 51 J. - Kaufmann Gustav Roth, 64 J. - Frieda, T. des Eisenarbeiters Wlff. Reier, 6 J. - Arbeiter Ferd. Schula, 53 J. - Frieda, S. des Arbeiters Adolf Langner, 1 J. - Bern. Tischler Karl Spindel, geb. Gallwitz, 80 J. - Sattler Ernst Faulhaber, 85 J. - Elzriede, T. des Maurers Gustav Scharfenberg, 5 W. - Erna, T. des Handelsmannes Wilhelm Ober, 3 W. - Verwitwete Ausw. S. Susanna Schmitz, geb. Vitzger, 75 J. - Helene, T. des Schlossers Edmund Deder, 8 W. - Rüstler Karl Langner, 27 J. - III. Privatier Georg Holzmann, 70 J. - Bern. Tabakarbeiter Mathilde May, geb. Becker, 76 J. - Verwitwete A. Anar Emilie Fieber, geb. Kalsche, 77 J. - Vertha, Tochter des Sergeanten Robert Wandelt, 4 W. - Taufstummlehrer Josef Kilian, 48 J. - Elisabeth, T. des Schmieds Heinrich Schula, 2 W. - Hauptmann a. D. Emil Frischen, 74 J. - Fingerringe Josef Wamersick, 57 J. - Max, S. des Maurers August Reier, 8 W. - Bern. Handlungsmacher Auguste Albrecht, geb. Frubmann, 50 J. - Bern. Dachbeder Rosina Vater, geb. Weisenberg, 80 J. - Schmiedefrau Dorothea Gentschel, geb. Horn, 52 J. - Marie, T. des Handlungsgehilfen Karl Scholz, 10 Mon. - Arbeiter Hermann Niese, 22 J. - Näherin Martha Wilt, 35 J. - Arbeiterwitwe Susanna Bogantke, geb. Freitag, 79 J. - Ofenleger Johann Jankewicz, 70 J. - Frieda, T. des Arbeiters Friedrich Fiedler, 1 J. - Frieda, T. des Arbeiters Emil Kreier, 1 Mon. - Elisabeth, T. des Arbeiters Paul Nachsabl, 10 Mon. - Rechnungsrat Clara Clara Pison, geb. Montag, 52 J. - Clara, T. des Schneiders Delar Fersch, 6 Mon. - Fräul. Anstreicher Eduard Scholz, 52 J. - Anstaltspflegling Elisabeth Berde, 21 Jahre.

Notifikationen der städtischen Markt-Notierungen-Kommission.
Breslau, 18. Januar.

	gute	mittlere	geringere	Sort.
Weizen, weißer	55 1/2 niedr.	55 1/2 niedr.	55 1/2 niedr.	55 1/2 niedr.
Weizen, gelber	17.40	16.80	16.50	16.10
Rooggen	15.90	15.80	15.90	15.00
Erbsen	16.00	15.60	15.50	15.00
Berke	14.50	14.10	14.00	13.80
Safer	15.20	14.70	14.60	14.10
Wittoria-Erbfen	20.50	19.60	18.50	17.50
Erbfen	18.00	17.50	16.80	14.50

Den pro 100 Kilogramm 2.10-2.40 Wl.
Stroh, pro Schock 24.00-26.00 Wl.
Winterroß 22.40-21.40-19.40 Wl.
Preussener Weizenmehl. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. 1.11.
Sachmehl, Weizenmehl 00 ruhig, 22.25-24.25 Wl. Roggenmehl 00 ruhig, 22.50-23.75 Wl. Roggenmehl fester, 10.75 bis 11.25 Wl. Weizenkleie fester, 10.25-10.75 Wl.

Wittwoch, den 17. Januar.

Metallarbeiter-Verband. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Arbeiter-Verbandsverein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder. Donnerstag, den 18. Januar: Tagelager-Verband. Mitglieder-Versammlung, anschließend Jubiläumssfeier für Fritz Drelig. Abends 8 Uhr. Zimmer 2 u. 4. Sonnabend, den 20. Januar: Tagelager-Verband (Samburg). Zahl- und Aufnahmeabend. Parterre links.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).
Bezirk 2a u. b. Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 6. Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Distrikte II und X (Mikolaitz und Pöbelwitz).
Bezirk 13, 13a u. 13b. Donnerstag, den 18. Januar: Zusammenkunft, Zahlabend und Besprechung. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend erwünscht. Die Bezirksführer.

Bezirk 14, 14a u. 14b. Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Die restierenden Beiträge vom vorigen Jahre müssen bezahlet werden.

Bezirk 19, 19a u. 19b. Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Alle erscheinen.

Bezirk 23, 23a u. 23b. Donnerstag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Alle erscheinen. Bibliotheksbücher mitbringen.

Distrikt IX (Gabel). (umfassend die Bezirke 91, 91a, 91b, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99.)

Bezirk 92-99. Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Striegan. Steinarbeiter. Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung in der Bierquelle.

Goldberg. Protest-Versammlung. Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Hof“, hierelbst. Tagesordnung: 1. Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent: Unter Reichstagsabgeordneter, Stadtvorordneter Genosse Hermann Müller-Göblig. Arbeiter und Arbeiterinnen Goldbergs, erscheint in Massen in dieser hochwichtigen Versammlung. Der Einberufer.

Kattowitz. Sozialdemokratischer Verein. Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshause. Tagesordnung: Politische Rundschau. Verschiedenes. Gäste sind willkommen.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubriken: „Aus Schlesien und Posen“, „das Feuilleton und „Aus aller Welt“: Robert Albert; - für alles Uebrige, mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Franz Kühls. - Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 6/8. - Verlag von Oskar Schöps; - Druck von Th. Schöpsky S. m. b. S. - sämtlich in Breslau. - Ausgabeort: Breslau.

Dieszu 1 Beilage.

Am 12. d. Mts. verstarb plötzlich die Frau unseres Freundes und Kollegen Tischler **Kornetzki Hedwig Kornetzki geb. Heloske** im Alter von 46 Jahren. 138
Ehre ihrem Andenken!
Die Mitglieder d. Zehlet. Breslau d. Deutsch.-Verbandes.

Ortslisten.

An die Parteilektionen. Alle am nächsten Sonntag im Verbreitungsgebiet der „Volkswacht“ stattfindenden Demonstrationen-Versammlungen sind unverzüglich der Redaktion mitzuteilen. Andernfalls können sie in den Anhängungen nicht aufgenommen werden.

Nöbperl, Nein, Sie dürfen erst am 1. März kündigen und am 1. April ausziehen.

Wählerausgaben. Zur Bezahlung der Steuern sind Sie verpflichtet und da die Zahlung nicht erfolgt ist, werden Sie auch die Pfändungsgebühren zahlen müssen.

J. S. Brunnenstraße. 2 Kilo.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Messergasse 18/19.
Sprechst. v. 11-1 u. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittag)

Gewerkschaftshaus.
Montag, den 15. Januar:
Sozialdemokratischer Verein. Die Bibliothek befindet sich im Zimmer 7 des Gesellschaftshauses und ist jeden Montag Abend von 8-9 Uhr geöffnet.
Buchbinder. Öffentliche Versammlung im großen Saale.
Verbandsverband der Schmeide. Mitgliederversammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 2.
Schmeide. Abends 8 Uhr: Versammlung.
Dienstag, den 16. Januar:
Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.
Central-Krankenkasse der Maurer. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

*Oregon befristet auf alten Oelf. und Oakerstücken
auf selbständiger Grundbesitz
in der Nähe von ...*

Stadt-Theater.
Montag: „Die Aferkaner.“
Dienstag: „Lohengrin.“
Mittwoch: „Die Hochzeit des Figaro.“

Lobe-Theater.
Montag: „Fatinha.“
Dienstag: „Der Großvater.“
Mittwoch: „Die Hebermann.“

Thalia-Theater.
Montag Anfang 8 Uhr: Handlungsgehilfenverein: „Fr. Klaus.“

Feuerversicherung | **Verband der Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**
Zentrale Breslau.
Dienstag, den 16. Januar 1906, abends 8 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17:
Außerord. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gauleiters Herrn Gustav Neuring-Dresden.
2. Geschäfts- und Kassenbericht des Kollegen Joppich.
3. Neuwahlen zur Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne Buch kein Zutritt. - Vollzähliges Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.
NB.: Unter diesjähriger Maschenball findet am Sonnabend, den 20. Januar, im Ballhaus „Scala“, Mikolaitzstr. statt. Karten sind bei allen Vertrauensleuten und Kassierern, ebenso im Bureau und bei der Versammlung zu haben. - Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Das Festkomitee.

Zentral-Krankenkasse d. Maurer
Dienstag, den 16. Januar 1906, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Zimmer 2:
Mitglieder-Versammlung.

Die Mitglieder der Zentral-Krankenkasse der Maurer u. f. w. „Grundstein zur Einigkeit“, werden hiermit aufgefordert, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
100] **Die örtliche Verwaltung.**

Lieblich's Etablissement
Heute Montag:
Abschiedsaufreten
des allbeliebtesten
Robert Steidl
außerdem das
brillianteste Januar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Stimmenauer Garten).
Hartstein
Neuester Schläger:
Das tolle Hans.
Bühnenstück von Wlff. Hartstein.
Der Gipfel
der Situations-Komik
sowie die
Neuen Spezialitäten:
Bons. Wochentags gültig.

5 Pfg. - Sumatra - Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Wl., 250 Wl., 3 Wl. bis 5 Wl.
empfehlen gegen Nachnahme 2129

Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Osdertorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse,
Sammerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Reinhold Richter's
Getreide Korn-Brennerei,
Breslau, Matthiasstr. 149, Berderstr. 43 (Telephon 8717)
empfiehlt ihren anerkannt guten Korn in Gebinden und
Fässchen, sowie den
rühmlichst bekannten Kraft-Korn.

Im Erscheinen befindet sich:
Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Grosses Konversations-Lexikon.
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.
Zu beziehen durch die Expedition dieser Zeitung.

Stamm-Seidel, Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel,
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferschmiede-Strasse 47.

Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolportage.

Das Lehrlingswesen im Handwerk
nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften der Handwerkskammer, nebst Stellenverordnungs-Ordnung für jedes Handwerk und Muster der für die Gesellenverordnungen einzureichenden Gesuche und Zeugnisse u. s. w. Das Buch ist unentbehrlich für Eltern und Lehrmeister, darüber Rechte und Pflichten in übersichtlicher Weise geordnet und eine schnelle Orientierung in allen diesbezüglichen Fragen gestattet. Zu beziehen durch die Expedition und Kolportage.
Preis 60 Pfennige.

Soeben erschienen:
**Gegen Volksverdummung
Volksknebelung
Volksausbeutung**

Materialien zur Beurteilung der ...
**volksfeindlichen Politik
des preussischen Dreiklassen-Parlaments.**

Preis 10 Pfg.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“ und bei den Kolportageuren.

„Der wahre Jakob“
Sozialdemokratisches Wlchblatt.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Reinhold Richter's
Getreide Korn-Brennerei,
Breslau, Matthiasstr. 149, Berderstr. 43 (Telephon 8717)
empfiehlt ihren anerkannt guten Korn in Gebinden und
Fässchen, sowie den
rühmlichst bekannten Kraft-Korn.

Im Erscheinen befindet sich:
Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Grosses Konversations-Lexikon.
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.
Zu beziehen durch die Expedition dieser Zeitung.

Nach zu glimpflich!

Unter den bürgerlichen Brechungen zu dem Urteil des Breslauer Gerichts gegen unseren Kollegen L. v. E. steht besonders die brutal-streche der scharfmacherischen „Post“ ins Auge, die bekanntlich ganz im Sinne der „Schles. Ztg.“ redigiert wird. Die „Post“ schreibt:

Wir finden, daß der „Genosse“ L. v. E. noch ganz glimpflich davongekommen ist. Die Richter haben bei ihm längst nicht das höchste Strafmaß in Anwendung gebracht und die Strafmäßigkeit ist doch schließlich nicht dazu gemacht, daß sie nicht angewendet werden.

Pulver und Blei für L. v. E. wäre mehr nach dem Herzen der „Post“ gewesen. Vielleicht hätte sie auch ein Strick zur Friedensgehilfe.

Die linksdemokratische „Frankf. Ztg.“ schreibt:

Wer den Aufruf unbefangen liest, wird finden, daß das Urteil ein unerschrockenes, geradezu ein Schwereurteil ist. Der Aufruf fordert die Arbeiterschaft auf, gegen das Dreiklassenwahlrecht vorzugehen. Er tut das begrifflich in gehobenen Worten, die man nicht entbehren kann, wenn man zu einer größeren Aktion anregen will. Es ist sich gewiß darüber streiten, ob alle dort gebrauchten Ausdrücke geschmackvoll sind: wir selbst können nicht finden, daß alle zu die aufgetragen wurde, wenn wir die sonst übliche linksdemokratische Sprache damit verglichen. Aber daß der Aufruf zu Gewalttätigkeiten ansetzen sollte, diese Behauptung kann nicht für objektiv begründet gelten. Dem Angeklagten gereichte es zum Verderben, daß in dem Aufruf auf Rußland hingewiesen wurde. Es ist aber wohl zu beachten, daß nach dem Hinweis auf Rußland der Hinweis auf Oesterreich folgt, sobald schon aus psychologischen Gründen angenommen werden muß, daß L. v. E. das hervorheben und empfehlen wollen, was den Vorzug in Rußland und Oesterreich gemeinsam ist, und das ist eben nicht die Gewalttätigkeit, sondern der Kampf um Recht ganz im allgemeinen. Ein Hinweis auf Oesterreich, wo die Arbeiter mit einem stillen Umgang für das allgemeine Wahlrecht demonstrierten, kann nichts anderes bedeuten, als die Empfehlung einer solchen Demonstration. Es ist objektiv nicht gerechtfertigt, diesen Hinweis zu ignorieren, sich nur an die Erwähnung Rußlands zu halten und daraus zu schließen, der Angeklagte habe die russischen Mittel für Preußen empfohlen. Dann wäre ja der Hinweis auf Oesterreich, zumal er nach dem Hinweis auf Rußland steht, ganz nutzlos. Es kommt hinzu, daß man für die Beurteilung der Frage, ob L. v. E. mehr den bürgerlichen oder den russischen Mittel zuneigt, ein gutes Kriterium in der allgemeinen Haltung der Zeitung hat, die er vertritt, und das muß man sagen, daß es vielleicht in ganz Deutschland kein sozialdemokratisches Blatt gibt, das die allgemeinen politischen Fragen so nüchtern behandelt, wie eben die Breslauer „Volkswacht“. Ihre Haltung, speziell auch in Parteifragen, ist so gemäßigt, daß der Redakteur L. v. E. sich sogar schon mehrmals den Tadel vieler Breslauer Parteigenossen zugezogen hat. Und nun soll er plötzlich übergeschnappt sein und Gewalttätigkeiten empfehlen? Das widerspricht aller Logik. Aus dieser Auffassung heraus muß man erklären, daß das Urteil, welches ihn getroffen hat, unerhört hart, ja die Verurteilung überhaupt kaum begründet ist. Sehr beachtenswert ist hier auch die Urteilsbegründung. Es heißt darin: „Der Gerichtshof sei zu einer hohen Strafe gekommen, denn bei dieser gefährlichen Zeit...“ Was geht wohl den Gerichtshof die gefährliche Zeit an? Ist das ein juristischer Gesichtspunkt? Und wo ist denn die Zeit gefährlich? In Rußland; aber auch in Deutschland? Davon hat noch niemand etwas bemerkt.

Wir hoffen, daß das Breslauer Urteil, das schon durch seine Härte dem allgemeinen Rechtsempfinden widerspricht, aufgehoben wird.

Die freisinnige Presse schweigt. Sie hat durch die blöde Hebe gegen die Anti-Dreiklassen-Bewegung und durch ihr Ansehen nach dem „harten Kern“ der Polizei sich selbst des Rechtes der Kritik begeben. Die „Leipzig. N. N.“, ein Blatt vom Schlage der „Post“, sind natürlich vollkommen

mit den Gründen des Urteils einverstanden. Das Blatt polemisiert gegen den „Vorwärts“, indem es schreibt:

Die Debatte des „Vorwärts“ würde ganz lieblich erscheinen, wenn sie nicht an einem merkwürdigen Fehler litte. Während nämlich das Blatt genau den Bericht über die Breslauer Verhandlung bringt, der auch in den Spalten der bürgerlichen Presse zu finden ist, läßt er gerade das wichtigste Detail, das für das Urteil entscheidend ist, in der Wiedergabe fort. Wer also durch ein grausames Geschick dazu verurteilt ist, die Dinge dieser Welt ausschließlich durch die Brille des sozialistischen Parteilorgans zu betrachten, der muß in der Tat an ein ungerechtes, vom Klassenhaß diktiert Urteil glauben. Die Methode ist einfach und sie ist auch schlau, nur ist sie wenig ehrlich und durchaus gewissenlos. Sie erweckt in dem Leser den Eindruck, daß jeder mit hartem Gefängnis bestraft wird, der es wagt, das preussische Wahlrecht zu tabeln. Das Genosse L. v. E. zu blutigem Aufstand aufzureizen, die Massen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung mobil machen und die Zustände in Rußland auf Preußen übertragen wollte, darf natürlich der geneigte Leser nicht wissen. Sonst würde er vielleicht doch im stillen Kämmerlein sich gestehen, daß der Breslauer Urteilspruch keineswegs ungerecht sei.

Der Mann in dem Leipziger Scharfmacherblatt braucht natürlich auch nicht zu wissen, daß wohl die „Schles. Ztg.“, nicht aber ein sozialdemokratisches Blatt wörtlich aus einem konfuzierten Artikel zitieren darf, ohne Gefahr zu laufen wegen des gleichen Deliktes vor den Richter oder auch ins Gefängnis gezogen zu werden.

Unsere Parteipresse kommentiert das Urteil durchweg scharf. So meint die „Frankf. Volksstimme“:

Mit diesem Urteil, das ja auch noch nicht endgültig ist, sondern zweifellos zur Überprüfung durch das Reichsgericht kommen wird, hat die Breslauer Strafkammer unseres Erachtens den preussischen Zuständen ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Das Gericht setzt ohne weiteres Preußen gleich Rußland! Das hat auch der linksdemokratische Sozialdemokrat bei uns noch nicht getan. Aufforderungen in Preußen, gegen die Dreiklassenwahlrechte zu protestieren und zu demonstrieren, müssen nach Annahme der Breslauer Richter dieselben weitgehenden Folgen zeitigen wie die Revolution in Rußland. „Wenn des Nachbarn Haus brennt, darf man daneben nicht ins Feuer klopfen.“ So argumentierte dem Sinne nach der Staatsanwalt, dem sich das Gericht angeschlossen. Danach läge ja in Preußen derselbe Brandstoff vor, wie in Rußland; danach wäre die Masse des Volkes in derselben Stimmung, wie drüben, sobald sie sich zum gewalttätigen Aufruhr entzünden ließe, wenn sie auch nur zur Erringung eines gerechteren Wahlrechts auferufen würde? Uns scheint, daß diese Gerichts-Vergleiche wohl übertrieben sind. Wir haben gewiß nicht den Anspruch, die preussischen Zustände zu beschönigen. Aber jenseit steht fest, daß auch in Preußen die Arbeiterklasse in Gemeinde und Staat und öffentlichem Leben sich schon eine ganz andere Stellung erworben und gesichert hat, als das Proletariat in Rußland. Seine Kampfmethoden in Preußen sind deshalb auch andere, als in Rußland. Seine auch in Preußen wohlorganisierte gewerkschaftliche Bewegung verleiht ihm die Ruhe und Sicherheit der eigenen Kraft, und weil auch in Preußen, zum Reichstag nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht gewählt wird, ist die preussische Arbeiterschaft geübt im gesetzlichen Gebrauch jenes Wahlrechtes, das sie allein zum Ziel ihrer jetzigen Bewegung gemacht hat. Was sollen also die schiefen Schlussfolgerungen des Breslauer Urteils wegen der russischen Wirkung eines sozialdemokratischen Appells an die preussischen Arbeiter, der diese ausdrücklich nur ermahnt, so mutig und entschieden im Kampfe um ein gesetzliches, für den Reichstag in Preußen schon geübtes Recht zu sein, wie unsere Brüder unter viel ungünstigeren Verhältnissen im Auslande sind? Läuft das Breslauer Gericht nicht Gefahr, namentlich mit seiner Begründung in den preussischen Arbeitern vielmehr die Annahme zu erwecken, daß ungeschick die herrschenden Gewalten in Preußen sich der Erlämpfung eines besseren Wahlrechtes mit gewaltsamen, ungesetzlichen Mitteln entgegenstellen wollen, etwa wie der Zarismus in Rußland? Die Gefahr der Mißdeutung hätte man bei Fällung des Breslauer Urteils beachten und

vermeiden sollen. So giebt der kürzlichste Rechtspruch belohnend noch mehr Del ins Feuer, als die Breslauer Schwereurteile. Denn in Dresden sind wirklich keine, wenn auch sehr harmlose Zusammenkünfte vorgekommen. In Preußen aber wird ein Mann schon zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er lediglich in einem Aufruf preussischen Arbeitern denselben Idealismus zur Erlämpfung des freien Wahlrechtes wünscht, wie ihn russische und österröische Arbeiter beizubehalten haben!

In der „Chemnitzer Volksstimme“ lesen wir:

Wir bestreiten und nicht über diese Behandlungsweise. In politischen Prozessen bedient viel Strafen viel Ehr! Wir nageln die Behandlung hier nur fest, damit die Massenbewegte Arbeiterschaft dessen eingedenk bleibt, wie man mit ihren Vor kämpfern umgeht.

Die Arbeiterklasse wird zurechtgerichtet aus diesen Urteilen einfließen. Und wenn der Staatsanwalt im Prozeß gegen L. v. E. gemeint hat, bei dem Brand im Nachbarhaus Rußland genüge ein Weniges, um auch hier die Flamme zu entfachen, nun, so können gerade derartige Urteile allerdings nicht als Kälte, aber als Brandfackeln wirken, die das Unheil erst entstehen lassen. Wenn es nicht ausflammt, so sind Regierung und Justiz am wenigsten schuld daran.

Die „Schwab. Tagwacht“ sagt:

Die Breslauer Richter läßt sich in ihren guten Absichten. Sie trauen ja selbst nur zur baldigen Beräumung des elendesten aller Wahlsysteme bei. Mit derartigen Urteilen wird die arbeitende Bevölkerung Preußens mitgetroffen und anspornend zum Kampfe um ihr Recht. Auch der Artikel L. v. E. ist von einer Reihe anderer Blätter nachgedruckt worden, ohne daß ein Strafantrag gegen die betreffenden Redakteure gestellt worden wäre.

Das „Volkblatt“ in Bochum äußert sich wie folgt:

Wir erklären fortwährend, daß wir den Eintritt russischer Zustände verhindern wollen und aus diesem Grunde durch friedliche Demonstrationen dafür wirken wollen, daß dem preussischen Volke endlich sein Recht werde. Und darauf lautet die Antwort der „Vacht“, daß wir russische Zustände herbeiführen wollen! Wir leben bereits in russischen Zuständen, wenn die Anforderungen zu friedlichen Demonstrationen zu solchen Urteilen führen kann.

Die „Brandenb. Ztg.“ fügt dem Gerichtsbericht dieselben Bemerkungen an:

Diese Verhandlung und ihr Ergebnis beweist ein völliges Nichtverstehen der sozialdemokratischen Taktik auf Seiten der Vertreter der Preussischen Justiz. Infolgedessen haben sie ein Urteil gefällt, dessen sachliche Berechtigung dreierlei, welcher die sozialdemokratische Taktik kennt, auch schärfste bestritten muß, ein Urteil, das insbesondere aber auch nicht die Folge haben wird, die Ansichten des werktätigen Volkes in Preußen über das „elendeste aller Wahlsysteme“ zu ändern und das gesetzlich erlauiete Streben nach Vermeidung dieses preussischen Dreiklassenwahlrechtes zu unterdrücken. Keins von beiden wird geschehen!

Andere Parteiblätter haben die Mitschuld der liberalen Presse an der Möglichkeit solcher Urteile hervor:

Aber nicht bloß der preussische Staatsanwalt hat am Dienstag einen guten Tag gehabt, sondern auch die liberale bürgerliche Presse darf auf das Urteil von Breslau stolz sein. Sind es doch ihre Auffassungen, die sich im Urteil von Breslau widerspiegeln. Sie hat so oft der Öffentlichkeit vorgebetet, die Sozialdemokratie arbeite daran, in Deutschland eine blutige Revolution zu inszenieren, daß es kein Wunder ist, wenn sich die preussischen Richter, die solchen Anregungen überaus zugänglich sind, schließlich zu dieser liberalen Auffassung bekehren.

Die preussische Wahlrechtsbewegung hat alle bürgerlichen Parteien in die denkbar peinlichste Situation gebracht. Mit welchen Argumenten sollen sie es den preussischen Wählern dritter Klasse, die zugleich die ausschlaggebende Masse der Reichstagswähler bilden, verständlich machen, daß sie, die bürgerlichen Parteien, der Forderung des gleichen Landtagswahlrechtes teilnahmslos oder gar ablehnend gegenüberstehen? Wie sollen sie das jahrzehntelange freibürgerliche Verharmen, den fortgesetzten Volksverrat, den sie getrieben haben, entschuldigen, da er jetzt durch die preussische Wahlrechtspropaganda ins hellste Licht gerückt worden ist?

Aus aller Welt.

Dämon Alkohol. Der bisher noch nicht vorbestrafte Zimmermann Paul Ernst Schönwagel in Hamburg war in den letzten Jahren ein Slave des Alkohols, infolgedessen die Familie sehr darunter zu leiden hatte. Der viele Alkoholgenuß hatte seinen Körper vollständig zerrüttet, so daß sein Lungenleiden sich verschlimmerte und er dreimal die Heilküste „Edmundstal“ aufsuchen mußte. Als er das letzte Mal die Heilküste verließ, verfiel er völlig dem Jufel, was zur Folge hatte, daß er auch aus der Arbeit entlassen wurde. Die arbeitssame Frau des Trunkenboldes mußte sich selber für ihre 5 Kinder ab und mußte dafür noch Bedrohungen aller Art seitens ihres Mannes einlaufen. Im Herbst vorigen Jahres trennten sich die Eheleute, der Mann überließ es seiner Frau, für die Kinder weiter zu sorgen. Acht Tage nach der Trennung, am 1. November, begegnete er, nachdem er schon viel getrunken hatte, seiner von der Arbeit kommenden Frau. Ohne ein Wort zu sagen, zog er sein scharf geschliffenes Taschenmesser und brachte der Frau eine Anzahl Stiche am Rücken, an der Schulter und im Gesicht bei. Dann steckte er sein Messer in die Tasche und wurde kurz darauf von einem Schutzmann, der von Passanten auf den Vorfall aufmerksam gemacht worden war, in Haft genommen. Der Angeklagte, der auf seinen Gefeszustand untersucht worden ist, will, als er seiner Frau ansichtig wurde, von einem Mitanfall betroffen worden sein und sich der weiteren Vorgänge nicht erinnern können. In der Voruntersuchung hat er eingeräumt, blindlings auf seine Frau eingestochen zu haben. Die Polizeibeamten haben eine besonders hochgradige Trunkenheit an dem Angeklagten, als er an die Wache befördert war, nicht bemerkt, vielmehr behaupten sie, daß der Mann stehend den Tatbestand geschildert habe. Die glücklicherweise nicht schwer verletzte Frau Sch. verweigert ihre Aussage. Wie Zeugen behaupten, hat der Angeklagte seine Frau, falls sie von ihm ginge, mit Erschrecken und Totschlag bedroht, auch hat der rohe Patron sie öfter brutal mißhandelt. Kurz vor der Tat hat er einer Nachbarin erzählt, er wolle „Schluß“ machen, woraus diese schloß, daß Sch. Selbstmord verüben wolle. Der Sach-

verständige, Physikus Dr. Erman, gibt sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte sich infolge des Alkoholismus zur Zeit der Begehung der Tat in einem willenlosen Zustande befunden habe, wofür die korrupten Ideen und Wahnvorstellungen des Angeklagten sprächen. Diese Ideen und Wahnvorstellungen dürften den Angeklagten auch in nächster Zukunft nicht verlassen, so daß er den Zustand desselben als gemeingefährlich bezeichnen müsse. Der geeignete Aufenthalt für den Angeklagten wäre eine Heilanstalt. Der Staatsanwalt beantragt aus Grund des Sachverständigen-Gutachtens die Freisprechung des Angeklagten, dessen Unterbringung in eine Irrenanstalt Sache der Staatsanwaltschaft sein werde. Das Gericht erkennt nach dem Antrage des Staatsanwalts. Der Haftbefehl wird aufgehoben, der Angeklagte aber der Polizeibehörde als gemeingefährlicher Alkoholiker überwiesen.

Im Untersuchungsgefängnis taubstum geworden ist in Braunschweig das 15jährige Dienstmädchen Elise Müller aus Bismarck, das in Gemeinschaft mit einem Knecht namens Kraus wegen vorläufiger Brandstiftung verhaftet worden war, während Kraus der Verleumdung zu dem Verbrechen beschuldigt wurde. Dieser stand selber bei einem Landwirt in Bismarck in Dienst, war entlassen worden und hatte nun aus Mache das Mädchen veranlaßt, eine Scheuer des Dienstherrn in Brand zu stecken, die mit sämtlichen Entwürfen ein Raub der Flammen wurde. Jetzt machten die Gefängnisbeamten die Wahrnehmung, daß das Mädchen nicht mehr sprechen und hören kann. Auf schnellem Wege gab es an, daß ihm in der Zelle ein weißgeleibter Engel erschienen sei, der ihm gesagt habe, daß es zur Strafe für sein Verbrechen fünf Jahre lang taubstumm sein solle. Das Mädchen wurde von den Krankenhausärzten scharf beobachtet, wobei sich herausstellte, daß von einer Simulation nicht die Rede sein könne. Es wurde aus der Untersuchungsanstalt entlassen und befindet sich gegenwärtig wieder bei ihren Eltern.

Erdbeben in Wien. Die seismische Bewegung, die schon seit geraumer Zeit in den äußersten Ausläufern der Ostalpen herrscht, hat sich auch in Wien fühlbar gemacht. Jeden Minuten nach Mitternacht hat dieser Tage in Wien das ziemlich starke Erdbeben stattgefunden. Ein Wiener, der um diese Zeit noch wachte und die Erscheinung genau beobachtet hat, gibt folgende Schilderung: Es war zehn Minuten nach Mitternacht, als ich eine eigentümliche Empfindung, die ich vorher nie gespürt hatte, kennen lernte. Ich sah an meinem Schreibtisch und arbeitete. Plötzlich hörte ich ein leichtes Knistern am Plafond und in den Wänden. Es war auch, als ob irgend ein Gegenstand auf die Zimmerdecke gefallen wäre. Gleichzeitig begann

der Fußboden unter meinen Füßen zu schwanken. Dieses Schwanken war ganz verschieden von der Erschütterung, die Bittern des Zimmers genannt wird und bei leicht gebauten Häusern oft entsteht, wenn ein schweres Fahrzeug übergerollt wird, oder wenn eine rhythmische Bewegung wie beim Tanz im oberen Stockwerk ausgeführt wird. Der Fußboden kam in eine schwebende Bewegung, etwa derart, wie die ganze Oberfläche des Wassers sich in Wellen bewegt. Ich spürte eine solche wellenförmige Bewegung und hielt zugleich eine furchtbare Bedängnis, die mir bisher vollständig fremd geblieben war. Die Bewegung verlag sich in meinem Zimmer in der Richtung von Südwest nach Nordost. Ich konnte gleichzeitig drei Anfälle der Bewegung bemerken - drei wellenförmige. Der unbehagliche Zustand dauerte etwa drei bis vier Sekunden. Im Hause der „N. Fr. Ztg.“ war die Erschütterung am stärksten in einem Zimmer des zweiten Stockwerks an der gegen Süden gerichteten Ecke der Fichte- und Kanngasse zu spüren; sie wurde aber auch in mehreren anderen Räumen des Hauses beobachtet. In der Telephonzentrale wurde das Erdbeben sehr deutlich gespürt, und sowohl in der ersten Abteilung als auch in der zweiten Abteilung bemerkten die anwesenden Damen, daß die Apparate in Bewegung gerieten und auch Stühle schwankten. Die Bewegung war wellenförmig.

Stahlfahrer in der Lavinne. Aus Vorarlberg wird berichtet: In den Mäuer Alpen an der bayerischen Grenze sind dieser Tage mehrere Touristen durch Lawinensturz in eine furchtbare Gefahr gekommen. Es waren mehrere Parteien von Stahlfahrern, darunter drei Damen, die das Zusammenstöße der Lavinne (1400 Meter) erstiegen hatten und nun auf der Nordseite gegen die Felsen zu absteigen wollten. Den ersten Parteien gelang dies ohne Schwierigkeiten, als sich aber die letzte in Bewegung setzte, erdte ein kurzes Knirschen, und mit Entsetzen sahen die Touristen, daß der Schnee sich über ihnen löste. Einer der Gefährdeten umarmte eine vereinzelt Kanne, eilten der gewaltige Druck des Schnees drohte ihn um den Stamm herum und riß ihn in die Tiefe. Die übrigen Touristen nahmen die Lavinne ohne weiteres mit. Allen wurden die Eier gebrochen. Glücklicherweise stand einige hundert Schritte weiter unterhalb ein hochstämmiger Wald, den die erst im Anwachsen begriffene Lavinne nicht überfliegen konnte. Er erfolgte ein Stauen und schließlich ein Stillstehen der Schneemassen. So konnten sich die Touristen noch retten, sie waren abgehoben und überliefert, aber nicht nennenswerter verletzt. Die abgerutschte Schneemasse lag auf vereinsten Grunde, weshalb schon eine leise Erschütterung Lavinnebildung veranlassen würde.

Ein verheerendes Feuer brach in Carrateno in Südtirol. 18 Häuser sind abgebrannt. Durch das Feuer wurden vierzig Familien obdachlos. Der Schaden beträgt 100.000 Kronen.

Diese verwickelte Situation, in die sie geraten sind, macht es zwar nicht entschuldbar, aber dafür desto begreiflicher, daß sie zum Beitrag ihre Lust zu nehmen. Da sie gegen das Ziel der Wahlfreiheitbewegung nichts einzubringen wissen, versuchen sie die Mittel zu verächtigen, die von der Arbeiterschaft zur Erreichung ihres Zweckes angewendet werden. Zwar bleibt mein Eigentum nicht weniger mein Eigentum, wenn ich es mit der Pistole in der Hand vom Räuber zurückfordere; wohl aber vermag er aus einer solchen Drohung sich ein Recht der Notwehr zu konstruieren. Darum sind die Parteien, die dem Volke kein Recht vorzuenthalten wollen, darauf bedacht, der Arbeiterbewegung die Anwendung gewalttätiger Methoden anzudeuten, um der Logik des ruhigen Rechts abseits zu entkommen.

Zum Schluß noch die Meinung der „Dorm. Arbeiter-Zeitung“:

Diese Begründung des Urteils zeigt, daß die Breslauer Richter den Ausdruck von Gewalttätigkeiten beschließen und daß sie meinen, vorbeugend und abschreckend wirken zu sollen. Daß das mit einem solchen Urteil geschieht, erscheint vollständig ausgeschlossen. Wie man uns versichert, ist die Breslauer Arbeiterbewegung über diese harte Strafe förmlich erbittert. Kein Mensch in der sozialdemokratischen Partei denkt daran, Gewalttätigkeiten zu provozieren. Wir wissen, daß man damit nur einem Präventionswunsche der Schwärzler entgegenkäme, die sich längst darnach sehnen, die Arbeitermassen vor die Gewehre zu bekommen. Wenn wir vergleichsweise die Revolution in Rußland heranziehen, so soll damit nicht gesagt sein, daß wir die Anwendung der gleichen Kampfmittel anraten. Das wäre allerdings heller Wahnsinn. Die deutsche Arbeiterklasse hat andere Mittel in der Hand, um den Kampf gegen die Entrechtung des Volkes zu führen, Mittel, die sich durchaus innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewegen. Es sei nur erinnert an den politischen Massenstreik, der nicht von heute auf morgen eintreten kann, der aber schließlich kommen muß, wenn man dem arbeitenden Volke beharrlich das Recht verweigert, Vertreter in die gesetzgebende Körperschaft des Landes zu entsenden. Politische Kämpfe werden stets vorherzusehen, aber wo in aller Welt hätte sich eine kräftig pulsierende Volksbewegung dadurch aufhalten lassen? Darin liegt ja die Stärke der Arbeiterbewegung, daß jede Fährde, die in den Reihen der Kämpfer entsteht, sofort wieder ausgefüllt wird. Den Genossen läßt man heraus aus der Kampffront, doch sofort tritt ein anderer an seine Stelle.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung, Sonnabend, den 13. Januar, 1 Uhr.
Am Bundesratssitz: Hr. v. Stengel.
Die erste Beratung der Reichsfinanzreform und der 5 Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Reichsfinanzreform

Dem Grafen Kanitz muß ich erwidern, daß die Regierung vorläufig keine Erwiderung beabsichtigt, um die Entwicklung des Verkehrs nicht zu stören. Ueber die Uebergangsabgabe und die Rückverminderung der Biersteuer im Verkehr zwischen Nord- und Süddeutschland kann ich mich erst in der Kommission ausführlicher äußern. Der Abg. Seyer erwidert mir, daß die Höhe der Tabaksteuer minderbekannt in Süddeutschland als in nördlicheren Gegenden sei. Die vorgeschlagene Kontrolle für Zigaretten ist nicht schlimmer als die Kontrolle in anderen Industrien. Es ist nicht wahr, daß unsere letzte Abgabe das Tabakmonopol ist. Die Zigaretten, in denen ein Tabakmonopol gedacht werden konnte, sind unabwehrbarlich vorüber (Hört, hört! links.) Daß die Zigarette um 200 Prozent verteuert werden wird, befreiten wir entschieden. Wir werden nicht anlassen, daß eine einzelne Industrie aus dem großen Werte der Reichsfinanzreform Nutzen zieht.

Abg. Meiß (Sozialdemokrat):

Wenn der Schatzsekretär meint, daß wir alle indirekten Steuern verziehen, so hat er im allgemeinen Recht. In der Tat ist es unsere Pflicht, das jetzige ungerechte Steuersystem durch eine gerechtere Verteilung der Lasten auf die Leistungsfähigen zu ersetzen. (Bravo! bei den Soz.) Ich wende mich jetzt zur vorgeschlagenen Ueberänderung der Reichssteuerreform. Es handelt sich hier um ein ganzes Bündel von Steuern, die zusammen 72 Millionen Reichsmark abwerten sollen: Zigaretten, Tabakwaren, Fruchtzucker und Automobilsteuer. Was zunächst die Zigarettensteuer betrifft, so ist sie eminent mittelalterlich. Dem armen Arbeitermann belastet man mit einer Steuer, um nur zu nicht die großen Vermögen gebührend zu treffen.

Gerechtigkeit gibt es eben nicht im Klassenstaate.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Die Besteuerung der Wohnverhältnisse ist einfach eine beschleunigte Erhöhung des Portos für Gebäudeführer. Dabei ist es eine Binsenwahrheit, der selbst Herr von Hübner als Postgeneral sich nicht entziehen konnte, daß jede Verbesserung zur Steigerung des Postverkehrs und damit der Reichseinnahmen führt, während jede Verteuerung des Gebäuelandes bewirkt. Die Frachtposten sind wieder ganz besonders brüderlich für den kleinen Mann: Das große Verladehaus zahlt mehrere Kollos auf einen Frachtbrief, der kleine aber zahlt für jedes Kollo keine 10 Pfennig extra. Die Postpakete werden in der ersten Zone mit 6, in der zweiten mit 10 Pfennig besteuert. Das bedeutet wieder nichts als eine Erhöhung des Paketpreises von hinten herum. Mühe die Regierung beim Postetat beantragt, den Postlokal für Pakete zu erhöhen, so würde man das ihr sicher nicht bewilligen. Unter der Postpaketsteuer werden vor allem auch die Buchhändler und kleinen Kopiergeschäfte leiden. Es läßt aber die Regierung völlig kalt, daß der Mittelstand leidet, wenn sie nur Geld für ihre Zwecke bekommt. Gut der Herr von Rheinbaben neulich doch bei Gelegenheit der Brausteuer gesagt, Deutschland werde schon weiter bestehen, wenn auch ein Teil der Gastwirte zu Grunde ginge. Mag der Mittelstand sich das merken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Nun zur Fahrkartensteuer. Die Worte des Gesetzes sagen, der Kurus des Reisens soll besteuert werden. Nach meiner eigenen Erfahrung macht man nicht gerade Kurusreisen 1. Klasse, trotzdem sollen auch die beherrschten Fahrpreise dieser Klasse jeder 5 Pf. extra zahlen. Sollen doch nach der Vorlage die dritte und vierte Klasse zusammen fast anderthalb Millionen Mark Fahrkartensteuer mehr aufbringen, als die erste und zweite Klasse. So dokumentiert sich die verhängnisvolle Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Dampfstraßenbahnen werden in den Motiven als Vergnügungsmittel bezeichnet. Veranlagt zu sein, kostet in Deutschland immer eine Extrasteuer. (Sehr gut! und Gerechtigkeit links.) Die Regierung betrachtet den Post- und Eisenbahnerverkehr nicht als Selbstzweck, sondern als Einnahmequelle für den Staatskassensackel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Automobilsteuer bringt wie alle Kurussteuern nichts ein. Ihr Ertrag ist ja auch nur zu 3 Millionen veranschlagt. Im Jahre 1890 sprach sich das sonst so reaktionäre Ministerium Mantaufer gegen indirekte Steuern aus. Die bestehenden Klassen Deutschlands aber reaktierten sogar gegen die gahne Steuerreform des Herrn von Mühl. So geht es auch jetzt wieder. Die Besitzenden wollen nicht zahlen, und die Regierung meint sich nicht an sie heran. Die Arbeiter haben es aber satt, sich die Kosten für Flotte und Kriegsheer aufhalsen zu lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vogt-Sall (Wirtsch. Vag.):

Obwohl wir die vorgeschlagene Staffelung begrüßen, sind wir doch gegen eine Reichsbrausteuer, weil wir diese Einnahmequelle für Württemberg behalten wollen. Wir sind für die Erbschaftsteuer, aber gegen Tabak und Zigarettensteuer, weil diese wie eine Wehrsteuer vorliegen. Der Vorstoß des Reichsfinanzsekretärs ist von uns ausgegangen, wir sind auch für den Kohlenanfuhrzoll zu haben, aber nicht für eine Reichsweinsteuer. Die Landbaukasse für Wein ist leider etwas zurückgegangen, dagegen wachsen zu viele Weine im Keller. (Gerechtigkeit.) Die Sachverständigenkommission gegen einen gewissen großen Weinbau sind viel zu milde ausgefallen. Man hat diesen Weinbauern zugesehen: Man fordere von ihnen ein Jahr lang in der Nothilfe zu dienen. Vielmehr noch könnte ihr Handwerk stärken der Dienst in den städtischen Wasserwerken. (Gr. Beifall.) In Deutschland gibt es so viele Steuern und Abgaben, daß eine weitere Ausparnung nicht mehr möglich ist. (Beifall b. d. R. Vag.)

Abg. Gothein (Freis. Vag.):

Ueber die Tabaksteuer will ich nicht sprechen, da ich schon meiner Figur wegen nicht gerne Faltsack spiele und an Toten meine Klänge übe. (Gerechtigkeit.) Ueber die Brausteuer hat sich mein Freund Padonide schon geäußert. Herr von Rheinbaben berechnet die Kapitalleistungen nur nach der männlichen Bevölkerung, er vergißt, wieviele Ladenmädchen zum Beispiel einjährig gezwungen sind, in Gasthäusern zu essen. Die gallionsfeindliche Rede des Herrn von Rheinbaben hat merkwürdiger Weise den Verfall der Parteien gefunden, die als patriotische Mittelkandidaten gelten. (Gerechtigkeit und Beifall.) Mein Freund Mühl brachte seine Bedenken gegen die Erbschaftsteuer im Namen der staatslehrenden Abgeordneten, nicht aber im Namen unserer Fraktion vor, die die mehrheitlich bestehende Antipathie der Erbschaftsteuer im Graf Kanitz hat ausgeführt, daß im Reichslande sogar sozialdemokratische Parteien für den Schutzoll seien. Nun kann aber in Australien z. B. der Schutzoll auf Lutter und Risse den Preis dieser Produkte nicht erhöhen, da Australien eine Ueberproduktion an diesen Gegenständen hat. Das Frankreich betrifft, so frage ich mich, daß Graf Kanitz Herrn Jaures hier haben möchte. Er billigt also nicht das Niederwerfen des Reichsfinanzsekretärs. In Frankreich steht die Sache so, daß manche Politiker der Linken der Rheinbaben

wegen, die den überlegenden Teil der französischen Bevölkerung bilden, für den Schutzoll eintreten. Wegen des Zweiklassensystems wirkt der Schutzoll in Frankreich nicht annähernd so schlimm, wie in Deutschland. (Lachen des Abg. Osel.) Sie brauchen nicht zu lachen. Ihr großer Führer Windthorst hat denselben Gedanken ausgesprochen. (Abg. Osel: Ich habe nicht über Sie gelaßt.) Ja, Sie mögen sich irgendwelche schönen Geschichten erzählen, aber wenn Sie dann plötzlich so laut lachen, so glaubt der Redner, es bezöge sich auf ihn. (Große Heiterkeit.) Ferner hat die französische Ausfuhr, für deren Gegenstände zumest die Steuererhebung gebildet worden, nicht so sehr wie die deutsche unter Repressivmaßregeln zu leiden. Auch ist Frankreich bei seiner nicht zunehmenden Bevölkerung nicht so sehr auf Ausfuhr angewiesen. Die richtige Steuerpolitik besteht darin, daß man die Besitzenden mehr als bisher durch direkte Steuern sich an der Aufbringung der Reichsausgaben beteiligen läßt. (Bravo! links.)

Abg. Graf Kanitz (kont.): Die von mir vorgeschlagene Weinsteuer würde die kleinen Weinbauern auf die Kontingente abwälzen können. Die Lage der französischen Landwirtschaft ist schlecht, weil Herr Jaures den von ihm geforderten Weizenzoll nicht hat durchsetzen können. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Vag.) wendet sich gegen ein Reichsweinsteuer.

Abg. Gothein (Freis. Vag.): Der französische Weizenzoll hat auf den Weizenpreis keinen Einfluß, weil über 90 Prozent der französischen Einfuhr zollfrei aus den Kolonien eingeführt werden. Hiermit schließt die Debatte. Die Steuervorlagen gehen an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern. Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Naturalverpflegung.

Abg. Erzberger (Zentrum)

beantragt Ueberweisung des Gesetzes an die Budgetkommission. Die Novelle bringt die seit Jahren vom Reichstage vergeblich geforderte Erhöhung der Quartiergehälter, aber eine solche, die unferes Grachtens nicht genügt. Nach unserer Meinung müßte statt der vorgeschlagenen 1 Mk. vielmehr 1.20 Mk. pro Mann gewährt werden. Es ist schön, wenn Quartiergehälter die Soldaten so gut wie möglich zu ihrer eigenen Kosten bewirten, werden aber einzelne Orte zu häufig mit Einquartierungen belegt, so wird auch dem freiwilligen Opfer der Bevölkerung eine unrichtige Last. — Das ganze Naturalverpflegungsgesetz ist sehr reformbedürftig. Bei den Vorparlamenten muß mehr Rücksicht auf die Landwirtschaft, namentlich auf die Gemeindefürsorge genommen werden. Die Entschädigungssummen müssen sofort in bar ausbezahlt werden, mindestens aber eine Abschlagszahlung erfolgen. Es empfiehlt sich auch vielleicht, die Streitigkeiten wegen der Leistungen den ordentlichen Gerichten statt dem Verwaltungsstreitverfahren zu unterbreiten. (Beifall im Zentr. Staatssekretär Bosdowski hat während der vorausgegangenen Rede am Bundesratssitz Platz genommen.)

Abg. Herz-Heidelberg (natl.) ist ebenfalls für Ueberweisung an die Budgetkommission und äußert sich im allgemeinen im Sinne des Vorredners. In Süddeutschland sind die Verpflegungssätze zu niedrig.

Dem Wunsche des Vorredners, die Quartiergehälter nach der Häufigkeit der Einquartierungen zu differenzieren, steht meine Partei nicht unfeindlich gegenüber. Hoffentlich findet sich in der Kommission ein gangbarer Weg. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. v. Ribbenhaufen (kont.) bezeichnet ebenfalls die Verpflegungssätze der Vorlage als zu niedrig und tritt auch seinerseits für einen Einheitsfuß von 1.20 Mk. für alle Truppsätze des Gemeinen und einen noch höheren Einheitsfuß für die Verpflegung der Unteroffiziere ein. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vag.) tritt für die Vorlage ein und äußert die Bitte: Ein Glas Bier und ein Stückchen Braten. Ueber die Mädchen beim Soldaten.

In Bayern werden aus dem einen Glase leicht zehn. (Gerechtigkeit.)

Abg. Gieshoff (Freis. Vp.) hofft, daß in der Kommission eine Erhöhung der Verpflegungssätze beschlossen werde. (Beifall rechts und links.)

Generalmajor von Gallwitz verteidigt die Vorlage und die in ihr enthaltenen Verpflegungssätze. Wenn die Truppen mehr die Eisenbahn zu der Fahrt nach den Übungsplätzen benutzen werden, dann werden die Klagen über ungleichmäßige Belastung verschwinden. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Osel und des Generalmajors von Gallwitz, wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Interpellation Hören über die Verabschiedung von Offizieren wegen Dienstverweigerung, Vorlagen über die Erhöhung des Servis und der Wohnungsgeldzuschüsse. Schluß 7/8 Uhr.)

Aus Inland.

Alles ist ruhig!

Das wird jetzt von den offiziellen Beschwichtigungsworten mit allem Nachdruck der Öffentlichkeit eingepaukt. Die Petersburger Telegraphenagentur erklärt:

Vom Bodensee. Im gesamten ober- sowie mittelschweizerischen Gebiete macht sich, nachdem die Wintern auf so ein fortgesetztes, wenn auch langsames Steigen des Stromes bemerkbar. Dagegen geht im Oberrhein der Wasserstand langsam zurück. Im Rheingebiet ist der Verkehr für einwärtig gestoppt. Die hochgehende See gibt mehrere höhere Wasserstände herbei und zwang die Bewohner tiefergelegener Häuser zur zügigen Flucht.

Der Leutnant ohne Kobi. Erst Oktober wurde in München-Gladbach der Leutnant a. D. Kobi vermisst. Dieser Tage fand man seine Leiche mit oberem Knie an der Weidenauferstraße verabschiedet. Als des Mordes verdächtig wurden der Kaufmann Adolf Blömer, seine Frau und sein Bruder, der im Hause des Ermordeten wohnte, festgenommen. Sie gestanden, daß die beiden Männer Kobi im Keller betäubt und ihm den Kopf abgesägt haben.

Menterei im Gefängnis. Die Münchener Neuesten Nachrichten melden: In dem Münchener Gefängnis Angerionstraße verurtheilt in der Nacht zum Freitag drei Untersuchungseingekerkerten und wegen Raubmordes zum Tode verurtheilte Gefangenen auszurechen. Bei dem Kampfe mit dem Aufsichtspersonal, das den Fluchtversuch verhinderte, wurden zwei Gefangene und ein Aufseher schwer verletzt.

Ein einer Christin gehorchen ist, wie aus Braunschweig berichtet wird, die Frau eines Grubenarbeiters in Schöningen. Als der Arbeiter nach einigen Stunden wieder nach Hause kam, fand er die von ihm Gehörte auf einem Stuhle sitzend tot vor. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Man vermutet, daß der Tod durch einen Mord in der Luft im Gefängnis eingetreten ist.

14 Jahre Gefängnis. Wie aus Halle gemeldet wird, ist der 16jährige Kaufmannskandidat Stief aus Delitzsch, der seinen 15jährigen Freund, den Jahrgangskameraden Thierbach, an der Weinbrücke bei Wittenberg ermordete und ihm 500 Mk. raubte, die Thierbach seinem Vater geliehen hatte, Sonnabend von der dortigen Strafkammer zu 14 Jahren Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung ergab, daß Stief durch die Verkünder von Schauergerichten zu dem Verbrechen verleitet worden war.

Raubmord. Der Besitzer des Genjer Kurjaales, Darel, ist im Hienobahnwagen auf der Strecke zwischen Rosillon und Biren le Grand vor Genf ermordet worden. Darel hatte 360,000 Francs bei sich, die aus Terrainerentzinsen in Nizza herrührten. Der Mörder durchschneidete Darel die Kehle und warf den Leichnam auf die Gleise. Die Untersuchung blieb bis Mittags ergebnislos.

Ein Pulverlaboratorium in Flammen. Aus Christiania wird gemeldet: Sonnabend Nachmittag brach im Laboratorium des

Universitäts in Mittelal Feuer aus, wodurch das Laboratorium zerstört wurde. Die übrigen Gebäude der Fakultät konnten gerettet werden. Vier Mädchen kamen in den Flammen um, zwei Personen wurden schwer verletzt.

Das Eifersucht. In Berlin schied der 62 Jahre alte Stadtreisende Richard Röber in seiner Wohnung seine 42jährige Gattin Frieda Röber wieder und richtete dann die Waffe gegen sich. Beide brachen schwer verletzt zusammen und mußten nach einem Krankenhaus transportiert werden. R. war von einer unerbittlichen Eifersucht befallen. Ganz besonders schien ihm die Nähe des Herrn gemachten zu sein. Das Mädchen sagte vor einigen Tagen den Entschluß, eine Ehe einzugehen. Als ihm dieser Tag die Nähe des Herrn brachte, so A. plötzlich einen Revolver hervor und lenkte auf seine Gattin. Das Geschöß drang in den Kopf des Mädchens. Dann richtete Röber die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel in die Schläfe und eine in das Auge.

Fort mit der Liebe. Peter Schmittl (Dr. Ludwig Thoma) fand am 12. Januar wegen des der Sittlichkeitsaposteln ergebener unerbittlichen Unablässes des „Simplicissimus“ „Fort mit der Liebe“ vor dem oberbayerischen Schwurgericht in München. Ein hiesiger Sachverständiger erklärte, daß sie absolut nichts Unzüchtiges, wohl aber viel Hässliches, Stillsches und Satirisches in dem Flugblatt finden könnten. Die Sittlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage. Das Gericht sprach damit den von den Sittlichkeitsaposteln verfolgten Dichter und Satiriker frei, erkannte aber auf Einziehung des Flugblattes und Unberücksichtigung der Platten.

Der verbesserte Schiller. In Remingen, einer 779 Einwohner zählenden Ortschaft des Amtes Stöckach, wurde, laut „Boll. Sig.“ in der Weihnachtszeit Schillers „Jungfrau von Orleans“ vom dortigen Theaterverein „bei jedesmal vollem Hause“ aufgeführt. Die „Freie Stimme“, ein von einem Geistlichen herausgegebenes Zentrumsblatt, berichtet über diese denkwürdige Nachhiner des Jahrbuchvergebens: „Das Drama nach geschichtlicher Forschung umgearbeitet, mit seinen passenden Szenen und den tief religiösen Gedanken durchzogen, sowie das flotte und lebenswarme Spiel machte auf die Zuschauer einen erregenden Eindruck und war der reiche Beifall wohlverdient. Das insigne Nachspiel verlegte uns in das Mittelalter, und die gut besetzten kamischen Szenen brachten die Zuschauer in frohes Lachen. Die Spieler haben ihre Rollen sehr gut gespielt und was einige gewöhnliche Szenen betrafte, immerhin ein Fortschritt, daß sich die guten, qualitätsvollen Dichter an einen

der 111 Klassiker, allerdings in einer durch seelenheilliche „Forschung“ Vereinigten Fassung, heranzuwagen dürfen.

Ein Kulturdokument. Ein gewisser Moritz Simon in Berlin, der sich Verlag nennt, läßt hier ein auf elendem Papier elend gedrucktes Schriftchen verbreiten, betitelt: „Die 90 Geheimnisse oder Mittel für jedermann in landwirtschaftlichen und häuslichen Verhältnissen, entnommen einem siebenmal verlegten Buche.“ Man schlägt das 16 Seiten starke Ding auf, um gleich darauf aufzufahren und sich zu vergegenwärtigen, daß man wirklich im 20. Jahrhundert lebt und nicht im jüdischen Mittelalter, denn die „90 Geheimnisse“ sind ein laibhaftiges — Besprechungsbuch, dessen einzelne Zauberformeln wir gestammelt Wörterbuch sind. Um unsern Lesern einen Begriff zu geben, von dem, was heutzutage noch möglich ist, geben wir aus Geratewohl zur allgemeinen Gerechtigkeit ein paar der 90 Geheimnisse preis:

Vor Kopf in e h e.
Christus geboren zu Bethlehem, gefangen zu Jerusalem gekauft am Jordan, ist so gewiß, als mir der Kopf stand.
Vor das R e i ß e n.
Die Buchstaben auf einen Fettel geschrieben, 9 Tage angehängt und ins fließende Wasser getragen, dem Wasser entgegen gemerfen. f + t + y + b + s + e + r + m + b + o + g + h + u + n + n + a + u + f + r + m + e + r + e + m + e + r + e + u + d + u + n + n + o + d + u + f + e + h + e + n + e + m + e + d + e + r + t + a + b + e + p + a + s + t + a + f + d + i + r + u + Buchstaben f + b + u + d + s + h + M + e + r + d + e + t + e + h + b + u + d + e + h + e + t + e +

Emergia Paktia
Rubbdt + Rubdt + Rubdt
Für s geschwollene Euter.
Es gingen drei Frauen über den Berg Sinai, die erste sprach: Meine Hüfte hat's heiß, die andere sprach: Es kann sein, die dritte sprach: Es kann sein oder es ist, so heiß dir der Name Jesus Christ.
Wenn man es nicht schwarz auf weiß vor sich hätte, würde man es nicht glauben, daß so etwas angefertigt und — gekauft wird. Wie muß es in dem Schädel eines Menschen ansetzen, der an solches Zeug glaubt! Für jede Aufklärung ist der unrettbar verloren. Wir nehmen aber an, daß der laudbare Herr Moritz Simon, der auf die Verblüdung seiner Mitmenschen spekuliert, besser täte, sich in Gegenden zu beschäftigen, in denen Zentrum oder Konfessions-Trumpf und demnach auch die innere Beschaffenheit der Köpfe dunkel ist. Wo die Sozialdemokratie seit langem Licht in die Sinne gebracht hat, könnte er oder seine Kolportiere, die dem armen Manne für seine paar Groschen Gift reichen, mit kräftiger Arbeiterfäusten Belohnung machen. Vielleicht interessiert sich auch der Staatsanwalt für den Herrn Simon. In beiden Fällen würden ihm seine 90 Geheimnisse auch nicht einen Deut nützen.

Der regelmäßige Verkehr ist zur Zeit auf allen Bahnhöfen wieder hergestellt mit Ausnahme eines Abschnittes in Transkaspien, der Straße zwischen Krasnodar und Tiflis, der transkaspischen Distanz und Balachary. Auf der Strecke Krasnodar-Tiflis ist der Verkehr durch unregelmäßige, weil sich dieser Bahnabschnitt in den Händen der Engländer befindet. Zur Wiederherstellung der Ordnung sind energische Maßnahmen ergriffen worden. Der Verkehr auf der Kaspischen Distanz-Balachary wird in kürzester Frist wieder aufgenommen sein. Der Telegraphen- und Postverkehr ist im ganzen Lande wieder regelmäßig im Gange, mit Ausnahme der Strecken in Ostsibirien über Krasnodar hinaus und in Transkaspien. Gegenwärtig kann man die Behauptung aufstellen, daß die Streikbewegung der Revolutionäre in dem ganzen europäischen Teil des russischen Reiches als gescheitert und niedergeworfen angesehen werden kann. Ausgenommen davon sind die baltischen Provinzen, wo infolge der nationalistischen Bestrebungen die Revolution einen besonderen Charakter trägt. Diese Bewegung wird zweifellos ebenfalls bald niedergeworfen sein. Handels- und industrielle Verbindungen werden wieder aufgenommen. Unschicklicherweise wird die wiederkehrende Ruhe durch alarmierenden Gerüchte unterbrochen. Viele Leute spielen an der Börse auf Waise und suchen zu diesem Zwecke die Unruhe zu vermehren. Ihre Verbindungen sind die Revolutionäre und deren Propaganda. Wenn das Publikum sich nicht so leicht durch berattene Mäntel beeinflussen ließe, so würde der Finanzmarkt erheblich gehoben sein.

General Salkow telegraphiert: Die revolutionäre Bewegung in Estland ist durch das energische Vorgehen hauptsächlich der Marinebrigaden niedergedrückt. Aus Estland meldet General Orlow, daß in Woll, Fellin und Pernau vollständige Ruhe herrscht. Der Gouverneur von Estland hat die Abhaltung jeder Art von Versammlungen gestattet.

Man merkt die Absicht: Die russischen Finanzen brauchen eine kleine Auffrischung wegen auf jeden Fall die „allgemeine Krise“ zurecht geschwindelt wird. Ob die Maßnahmen aber auf den Leim gehen werden?

In Riga.

Ein privates Telegramm meldet: Im Allgemeinen Krankenhaus in Riga droht das sanitäre Personal mit dem Streik, falls die Bezahlung nicht erhöht würde. In zahlreichen Fabriken hat das Militär eine große Arbeiterdurchsuchung vorgenommen, wobei eine große Anzahl Waffen vorgefunden wurde. General Orlow hat Lemsal und Salisburg bombardieren und einfliegen lassen. Hierbei wurden viele Personen getötet und verwundet, die Arbeiterführer verhaftet.

Der offizielle Telegraph teilt harmlos mit, daß die Städte Lemsal und Salisburg im Kreise Wall von einer Abteilung des Generals Orlow „besetzt“ worden sind.

Partei-Angelegenheiten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg bei Berlin haben unsere Genossen wiederum einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Bekanntlich war bei den allgemeinen Wahlen der Genosse Ost in drei verschiedenen Bezirken gewählt. Er lehnte eines der neuen Mandate ab und legte sein altes nieder. In diesen beiden Bezirken hatte jetzt Nachwahl stattgefunden. Unsere Kandidaten, Buchbinder Magnau und Maurer Wolfram wurden mit großer Mehrheit gewählt. In einem dritten Bezirk, wo infolge Doppelwahl eines Bürgervereins ebenfalls Nachwahl erforderlich geworden, gelangte der Genosse Ost mit dem liberalen Gegenkandidaten in — allerdings ausreißlose — Stichwahl.

Eine Partei-Korrespondenz für Groß-Berlin. Die erste Nummer des Mitteilungsblattes des Verbandes der sozialdemokratischen Wähler von Berlin und Umgegend, das jedem politisch organisierten Genossen von Berlin und Umgegend zugeht, ist erschienen. In seinem einleitenden Artikel „Blid auf!“ entwickelt das Blatt sein Programm. Es soll die Erfahrungen und Anregungen, welche in den Kreisen der Berliner und benachbarten Wahlvereine gemacht werden, zur Kenntnis der Genossen bringen, also gewissermaßen eine Zentral-Nachrichtenstelle sein.

Aus den Nachrichten ist hervorzuheben, daß die Protestversammlungen, welche am 21. Januar geplant sind, in der Provinz Brandenburg die Zahl 200 weit übersteigen werden. Das Flugblatt gegen die Dreiklassenwahl wird in Berlin in 900,000 Exemplaren verbreitet werden.

Die Wahl der Delegierten auf der konstituierenden Generalversammlung des Verbandes betrug 834. — Aber Voraussicht nach werden die bisher von bürgerlichen Blättern zur Tagesordnung benutzten Ultra-Links fortan vom „Vorwärts“ mit den neuesten Telegrammen belegt werden. Der dahingehende Vertrag gelangt höchstwahrscheinlich in diesen Tagen zum Abschluß.

Ein Polizei-Prozess. Genosse Fride, der frühere verantwortliche Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, hatte sich am Donnerstag vor der Dortmunder Strafkammer wegen Verleumdung Essener Polizeibeamten zu verantworten. Die Verleumdung wurde geübt in einem Gerichtsberichte, den die „Arbeiter-Zeitung“ unter Quellenangabe dem bürgerlichen „Essener Allgemeinen Beobachter“ entnommen hatte. Vor der Essener Strafkammer war ein Polizeiprozess verhandelt worden; der damals Angeklagte behauptete, auf der Polizeiwache geschlagen worden zu sein und brachte auch über erlittene Verletzungen ein ärztliches Attest zur Stelle. Ueber die Aussage des Angeklagten war nun in dem Bericht objektiv berichtet worden. Und durch die Wiedergabe diese Aussage fühlten sich die Polizisten beleidigt, weshalb sie gegen Fride Straf Antrag stellten. In der Sache war auch der damalige Angeklagte als Zeuge geladen. Dieser beschwor seine Aussage, er sei von betreffenden Beamten auf der Wache geschlagen worden, während die Beamten beschworen, den Mann nicht angerührt zu haben. Es stand also Eid gegen Eid! Dennoch erfolgte die Verurteilung Frides, das Gericht schenkte den Aussagen der Polizisten Glauben. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis (11), das Gericht erkannte auf 100 Mark Geldstrafe.

In 500 Mark Geldstrafe wurde der Redakteur unseres Königsberger Vorklappers, Genosse Marchionni verurteilt, weil er in seinem Blatte einen Polizeikommissar und einen Kriminalbeamten aus Danzig beleidigt haben soll.

„Brüder! Danksagung.“ Gegen den Genossen Redakteur Wolfenbühl vom Halle'schen „Volkblatt“ stand vor der Strafkammer in Halle a. S. ein Prozess zur Verhandlung. Die Halle'sche Polizei, insbesondere Kommissar Sommer, fühlte sich beleidigt durch eine am 2. Juli v. J. im „Volkblatt“ veröffentlichte Sonntagspanderei, in der unter der Spitzmarke „Brüder! Danksagung“, ein Polizeidrama in fünf Akten, aus dem Russischen überlegt von A. Lag, eine Polizeiparodie, die sich in Halle abspielte habe, im russischen Stile geschrieben sein soll. Die Panderei bezog sich nicht auf die Halle'sche Verhältnisse, was auch daraus hervorgeht, daß andere Parteiblätter die russische Panderei aus dem „Volkblatt“ abgedruckt haben. Wolfenbühl wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt!

Finenau, wie es meint und lacht! In Finenau bleibe der Bürgermeister Weymüller dabei: das sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied Hoffmann darf in keiner Versammlung sprechen. Verbot folgt auf Verbot. Diese Verbote haben bis jetzt eine ausge-

zeichnete Wirkung gehabt; so meinten wir am 5. Januar, als in der Versammlung bekanntgegeben wurde, daß Hoffmann nicht reden dürfe, sofort 46 neue Mitglieder zum sozialdemokratischen Verein. Als belandete Demonstration gegen diese Abnahme wurde ein- stimmig beschlossen, innerhalb der Zeit, wo Weymüller noch in Finenau amtiert, eine weitere Versammlung einzuberufen, in welcher Genosse Hoffmann über das Thema: „Finenau, wie es meint und lacht!“ sprechen soll. Die Finenauer haben diese originelle Tagesordnung für eine politische Versammlung ihren Landleuten in Jona abgelehnt; diese berieten vor langen Jahren, als ihnen Versammlungen mit „aufreizenden Reden“ verboten waren, eine Versammlung ein, auf deren Tagesordnung stand: „Die der Großvater die Großmutter nahm“.

Unter dem Namen „Central-Amerikanischer Sozialistenbund“ ist am 10. Dezember in New-Yorker Labor-Bezirk, 64 St., eine Organisation gegründet worden, die sich die Aufgabe gestellt hat, in der deutschen Sprache unter der deutschsprechenden Bevölkerung in den Vereinigten Staaten für den Sozialismus und die Sozialpartei (Socialist Party) zu agitieren.

Seit einigen Jahren ist die deutsche Propaganda völlig vernachlässigt worden. Die Folge davon ist, daß viele Einzelwähler, die in der alten Heimat Parteigenossen waren oder wenigstens bei den Wahlen für unsere Kandidaten stimmten, sich hier nicht mehr um die sozialistische Bewegung kümmern. Wir werden deshalb besonders die Einwanderer beachten und auch, soweit es uns möglich ist, den Neuangekommenen Rat und Unterstützung geben.

Vorkaufst können aber nur Sozialdemokraten oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter herbeiführen werden. Wer sich bei der Ankunft an uns wendet, kann von uns zur Wohnung ein anständiges deutsches Gast- oder Privathaus angewiesen erhalten. Beschreiben über die Agenten der Dampfergesellschaften oder die Verpflegung und Behandlung im Zwischenbed nehmen wir zur Unternehmung entgegen.

Bis zum 1. Mai 1906 gelten folgende Adressen:
Für New-York: Redaktion der New-Yorker Volkszeitung, 184 William St., wo der Genosse Otto Sailer Auskunft erteilen wird. Sprechzeit täglich, mit Ausnahme von Sonnabend und Sonntag, von 4 bis 5 Uhr Nachmittag, am Sonnabend eine Stunde früher und am Sonntag von 5 bis 6 Uhr Nachmittag.
Für Chicago, Ill.: Genosse Robert Salkel, Redaktion von Neues Leben, Zimmer 12 in 163 St. Randolph St. Sprechzeit zwischen 2 und 6 Uhr Nachmittag.
Mit sozialistischem Gruße
Deutsch-Amerikanischer Sozialistenbund.
O. Sailer, Sekretär.

Arbeiterbewegung.

Knaben als Streikführer angeklagt! Vor dem Schöffengericht in Köln standen vier schulpflichtige Knaben und vier Schreinergehilfen. Sie sollen verurteilt haben, während des Kölner Bantischlerstreiks die bei dem Schreinermeister Buch arbeitenden Geleuten, insbesondere die Schreiner Müller und Warten, durch „Gewalt“ zur Einstellung der Arbeit zu nötigen, die Schüler auch mit Steinen auf Menschen geworfen haben. Die Arbeitstillen wurden Abends von der Werkstätte in einem Wagen nach Hause gefahren, wobei es geschah, daß sie mit Steinen beworfen wurden. Einer der Arbeitstillen wurde am Kopfe und am Arm getroffen. Drei von den Schulpflichtigen standen vor Gericht, sich an dem Werke beteiligt zu haben. Auch andere noch strafunmündige Knaben hatten miteingeworfen. Es kann als erwiesen erachtet werden, daß eine Anklage der Knaben durch Ausständige nicht statigelunden hat. — Das Gericht sprach die vier Ausständigen frei, da keiner der Zeugen ihnen etwas anhaben konnte. Die drei Schüler wurden auf Grund ihres Geständnisses zur Strafe des Verweises verurteilt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Januar.

Ein Säuglingsheim — in Dyzan.

Der Magistrat ersucht um die Zustimmung der Stadtverordneten, daß „zur bleibenden Erinnerung an die Feyer der silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten des Kaisers Wilhelm der Kaiserin Auguste Viktoria aus Mitteln der Stadt Breslau ein Säuglingsheim gestiftet und bauern unterhalten werde.“ Dieses Heim soll auf dem der Stadt gehörigen Grundstück zwischen Schmalbenbaum und Schulgasse errichtet werden. Die Kosten sind auf 360,000 Mark einmalig und ca. 40,000 Mark jährlich fortlaufend veranschlagt. Wie der Magistrat in der umfangreichen Begründung hervorhebt, soll die Anstalt auf Grund Dresdener und Berliner Erfahrungen aufgebaut werden und der Bekämpfung der gerade in unserer Stadt so außerordentlich großen Säuglingssterblichkeit dienen.

Vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ist gegen die Anstalt natürlich keinerlei prinzipielle Einwendung zu erheben. Im Gegenteil! Sie entspricht nur oft und laut geäußerten Forderungen der Sozialdemokratie, die von den gesellschaftlichen Organen grundsätzlich eine ausreichende Fürsorge für alle Glieder in jeder Lebenslage beansprucht. Deshalb können wir die Säuglings-Vorlage nur begrüßen. Nicht einverstanden erklären können wir uns jedoch mit den Begleiterscheinungen, die diese Vorlage zeitigt. Wir können z. B. nicht verstehen, was irgend eine silberne Hochzeit mit dem Säuglingsheim zu tun habe. Insbesondere aber müssen wir gegen die Begründung Einspruch erheben, in der es heißt:

Am 27. Februar 1906 steht die bedeutungsvolle, vom gesamten deutschen Volke mit Freude und Erhebung erwartete Feyer der silbernen Hochzeit Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm II. und Ihrer Majestät der Kaiserin Auguste Viktoria bevor. In ganz Deutschland rüsten sich öffentliche und private Feiern, verkünden zu besonderen Veranstaltungen aus Anlaß dieser Feyer, um den Gefühlen treuer Anhänglichkeit, Liebe und Verehrung an das deutsche Kaiserhaus Ausdruck zu geben. Die Stadt Breslau, deren Bürgerschaft von gleichen Gefühlen befeuert ist und dies von jeder bei ähnlichen Gelegenheiten betätigt hat, wird hierin auch diesmal nicht zurückbleiben wollen. Wir sind überzeugt, daß die von uns gewählte Stiftung, ein Säuglingsheim, eine ganz besonders passende und gern angenommene Gabe für unser Kaiserpaar sein wird und daß insbesondere das landeswürtliche, für das Wohl der ärmeren Kinder so warm schlagende Herz Ihrer Majestät der Kaiserin durch eine solche Stiftung ungemein berührt werden würde.

So wenig wir gegen Säuglingsfürsorge etwas einzuwenden haben, so laut erheben wir Protest dagegen, daß man diese Sozialpolitik lediglich macht, um nach oben auf auszuheben. Byzantinische Sozialpolitik brauchen die Breslauer Steuerzahler nicht. Sie brauchen aber auch nicht zu bilden, daß der Magistrat im Namen der gesamten Bürgerschaft von treuer Liebe und Anhänglichkeit und derartigem redet. Dazu ist Magistrat weniger legitimiert, als die Arbeiterdeputation dem Oberbürgermeister

berufen schien, im Namen aller städtischen Arbeiter zu sprechen. Denn die Wünsche der Deputation und der Arbeiter bedien sich, die der großen Mehrheit der Bürger und des Magistrats aber absolut nicht. Bisher ist uns herzlich wenig Begeisterung für den Silberhochzeitstag in der Bürgerschaft begegnet, und all die schönen Sachen werden sich auch in Zukunft nur in den Magistratskassen, in Festadressen und schließlich beim Festmahl vorfinden! Mit dem Säuglingsheim hatten sie aber nichts zu tun.

Was die Köpfer lesen.

Nunmehr liegt auch vom Verbands der Köpfer und verwandten Berufsgeoffenen das Ergebnis der Statistik über die von den Gewerkschaftlern gelesenen Zeitungen, sowie über ihre Vereinszugehörigkeit vor. Von 350 ausgegebenen Fragekarten liefen 269 wieder ein, so daß 81 Kollegen an der Statistik nicht beteiligt sind. Das Ergebnis ist folgendes: Die „Volkswacht“ ist in 183 Exemplaren vertreten, die „Morgenzeitung“ in 10, der „Generalanzeiger“ in 42, die „Schlesischen Nachrichten“ 1 und „Nach Feterabend“ 1 Exemplar. Ferner werden 5 Exemplare von Gerichtszeitungen gelesen. Auf die einzelnen Kollegen verteilt sich diese Leseliste folgenderweise:

„Volkswacht“	162
„Volkswacht“ und „Morgenzeitung“	4
„Volkswacht“ und „General-Anzeiger“	11
„Volkswacht“ und „Gerichtszeitung“	3
„Volkswacht“, „Morgenzeitung“ und „General-Anzeiger“	1
„Volkswacht“, „Morgenzeitung“ und „Gerichtszeitung“	1
„Volkswacht“, „General-Anzeiger“ und „Gerichtszeitung“	1

Keine Zeitung lesen 32 Kollegen. Dem Sozialdemokratischen Verein gehören 71 Kollegen an. Die „Schlesische Zeitung“ braucht sich über die Statistik nicht zu erholen. Sie hat bei den Köpfern wie überhaupt unter den Arbeitern aller Berufe auch nicht einen Abonnenten zu verlieren. Für uns zeigt sich aber wieder, daß wir noch viel zu gewinnen haben.

* „Zimmerer“ und. In der letzten Mitgliederversammlung wurde zunächst die Abrechnung vom vorigen Quartal verlesen. Wir entnehmen derselben, daß die Einnahme aus den Beiträgen 5066.20 Mk. betrug. Für den Streikfonds wurden 635.40 Mk. und für das zu errichtende Gewerkschaftshaus 343 Mk. eingenommen. Ein Kostenunterstützung wurden 35.50 Mk., an Streikunterstützung 601.15 Mk. und für Rechtschutz 450 Mk. ausgegeben. Der Hauptkassier wurden 8440 Mk. überhändigt. Der Bestand der Kassa ist von 4394 Mk. auf 6281 Mk. gestiegen. Hierauf erfolgten Wahlen. Als Kartellbeauftragte wurden die Kameraden Prieme und Adam und als deren Stellvertreter Reinhold Mische und Tieg gewählt. In die Bauarbeiter-Kommission wurden Herrmann und Ralte delegiert. Als Parabraute zum Streikfonds wurden die Kameraden Hüfcher, Berger, Bisinger, Lehmann und Gempe gewählt. Die weiteren Beschlüsse betrafen interne Verbandsangelegenheiten.

* Auch ein Militärgerichts-Urteil. Der Fällige Eduard Müller vom Grenadier-Regiment 11 in Breslau hatte sich dieser Tage vor dem hiesigen Kriegsgericht der 11. Division unter Vorsitz des Majors, Grafen von Matuschka wegen Fahnenflucht, Diebstahls im Rückfall und Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte machte vor Gericht einen recht beschränkten Eindruck, er scheint eine traurige Jugend hinter sich zu haben. Wiederholt ist er mit Gefängnis bestraft. Am 18. Oktober vorigen Jahres hatte er eine zehnmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt und am 19. November ward er zu den Preußen eingezogen. Weil er körperlich sich schwach fühlte vom Gefängnisaufenthalt, war ihm das Soldatenleben zu anstrengend, er wollte sich erst ein paar Wochen kräftigen und deservierte am 12. Dezember, die Exzessive eines Kameraden mitnehmend. Er deservierte noch Stephanshain bei Schweidnitz, zu seinen Eltern, die ihn aber nicht bezielten. Von einer Vogelweide zwischen Pilsen und Ohmstorf, Kreis Schweidnitz, stahl er ein Fasel, aus der Wohnung des Fuhrwerksbesizers Runge in Grätz, Kreis Schweidnitz, 100 Mk. kaufte sich in Reichenbach Gut und Anzug, warf Milze und Gose fort und sandte Rod und Seitengewehr ans Regiment. Dann fuhr er nach Berlin und veranlagte dort das gestohlene Geld. Wegen all dieser gewiß nicht großen Verbrechen erhielt der arme Bursche ein Jahr sechs Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes adjuziert.

Wir überlassen es unseren Lesern, zu entscheiden, ob der Verurteilte diese hohe Strafe verdient hat.

* Zoologischer Garten. Im neuen Jahr hat der Garten schon wieder recht erfreulichen Nachwuchs zu verzeichnen: Die braune Wärlin hat am 11. Januar zwei Junge geworfen, die allerdings erst, wenn sie einige Wochen alt sind, von der Mutter aus dem Innenhof, der Wärlinstraße, herausgeführt werden. Außerdem wurde ein englisches Hühnergeschaf und ein Streifenlänger geboren. Von dieser mittelgroßen Rängenart wurden am 24. April 1902 ein Männchen und zwei Weibchen erworben, die bis heute bereits neun Junge gebracht haben. — Die neu angekommenen Tiere gedeihen vortrefflich. — Geschenkt wurden dem Garten: 4 Rees-Schweinden von Regierungsrat Siebert hier; 1 grauer Rees-Schweinden von Ungenannt; 1 Hauszige von Frau Kaufmann Sperboge von Ungenannt; 1 sehr interessanter Fasanmischling von Herr Frick Dombing aus Osnabrück. Der Vater dieses merkwürdigen Fasanens ist ein Sommerfasanmischling, die Mutter eine Königsfasanenhenne. Der Mischling erinnert in der Färbung an den Wallisch-Fasan, die Zeichnung ist die eines Königsfasans auf mattgrauem Grunde.

* Unfall. Am 12. d. Mts., Nachmittag, wurde eine Kaufmannsrau auf der Schneidmühlstraße durch eine Drochke ungerissen und zog sich bei dem Sturze erhebliche Verletzungen im Gesicht zu.

Eine Arbeiterin wurde am 11. d. M. auf der Schmiedstraße durch einen Maschiner zu Boden geschleudert und erlitt eine Verletzung der rechten Hüfte.

Geflohen wurden: einem Versteherungs-Inspektor aus Mähren in einem Restaurant auf der Gartenstraße ein schwarzer Ueberzieher und aus einer Wohnung auf der Neuen Graupenstraße fünf silberne Kessel. Geflohen wurden ferner aus einem Neubau auf der Pöfenerstraße zehn Meier Viehroh, einem Diener von der Lobestraße ein Ueberzieher, am 7. d. Mts. ein Portemonnaie mit 360 Mark und zwei Kleinfaschinen Läden—Lorenberg und Viegitz—Breslau, sowie zwei zusammenhängende Trauringe, geschnitten C. S. und W. S. 1. 7. 74.

* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 12. d. M. 32 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Oprenglas, eine Korallenkette und ein goldener Ring mit rotem Stein. — Abgehoben kamen: ein goldenes Medaillon mit zwei Photographien und ein schwarzer Mantel.

Das Schießen und Wasen.

Wasser auf unsere Mühlen.

Die Polizei ist jetzt eifrig bemüht, uns Kantonationsmaterial in die Hände zu spielen. Sie verbleibt an den verschiedensten Orten in Schießen die Verfassungen, das Flugblattverbreiten und ähnliche Sachen. Wir können heute über zwei solche Vorkommnisse berichten: Die Polizei in Bromberg hielt am Sonnabend, den 13. Januar, Nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr, in den Wohnungen mehrerer Genossen sowie im Arbeiter-Sekretariat, in welchem sogar sieben Beamte erschienen, Hausfuchungen ab. Gesucht wurde nach dem Flugblatt, das sich gegen den Fortbestand des Dreiklassen-Wahlrechts richtete. Die Hausfuchungen, welche auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vorgenommen wurden, nahmen überall einen negativen Verlauf. Nach den bis jetzt festgestellten Fällen wurde hier auf sieben Stellen gehäusucht und überall waren die Bemühungen der Hermandad erfolglos!

Aus Sosensalza wird uns dasselbe berichtet. Es handelt sich um Flugblätter, die sich gegen das Dreiklassen-Wahlrecht richten. Die Hausfuchungen nach den Flugblättern blieben erfolglos. Nur einige Kalender wurden beschlagnahmt. Natürlich haben diese Hausfuchungen für unsere Ideen gute Wirkung gemacht. Die Versammlungen am kommenden Sonntag werden an den betreffenden Orten sicher überfüllt sein. Also, nur lustig weiter beschlagnahmt, wenn was zu finden ist!

Ein Schwindel der „Schlesischen“.

Zur angeblichen Verhörung Deutscher in Sosnowice teilt die „Oberschl. Grenzpost“ mit:

„Das die „Schlesische Zeitung“ sich mit der Notiz, ober-schlesische Fleischer seien auf dem Sosnowicer Schweinemarkt von ihren dortigen Kollegen attackiert worden, einen Wären hat aufbilden lassen, gesteht nun indirekt auch die „Kattow. Ztg.“ zu, die in ihrer gestrigen Nummer schreibt: Der hiesige Fleischer-Obermeister teilt uns mit, daß die Fleischer auf dem Markt in Sosnowice von den Streikführern in hiesiger Weise aufgefordert worden sind, keine Schweine zu kaufen und über die Grenze zu bringen. Mentent benahm sich von diesen Personen niemand.“

Natürlich ist die „Schlesische“ viel zu stolz, den Irrtum ehlich einzugehen.

Zur Fleischversorgung Oberschlesiens.

Die Zufuhr russisch-polnischer Schweine in das ober-schlesische Industriegebiet eine Lebensfrage für eine Million Menschen, infolgedessen die revolutionäre Bewegung jenseits der Grenze fortwährend erhebliche Unterbrechung. Einmal hindert der vielfach gestörte Eisenbahnverkehr diese Zufuhr. Der Transport zu Wagen ist erheblich kostspieliger, auch sehr viel langsamer, so daß schon deshalb die Zahl der eingeführten Schweine seit Wochen nicht mehr die erlaubte Grenze erreicht. Wiederholt wird auch berichtet, daß sowohl die russisch-polnischen Fleischer wie auch die streikenden Arbeiter die Ausfuhr des Schlachtviehs zu verhindern suchen, die ober-schlesischen Käufer entweder verjagen oder ihnen den Transport von Schweinen nur nach Erlangung einer entsprechenden Steuer erlauben. Erklärlich mag dieses Verhalten schon sein, da drüben großer Mangel an Lebensmitteln und starke Preisverteuerung herrscht.

Die ober-schlesischen Fleischer sind nun auf den Ausweg gekommen, in Galizien Schweine anzukaufen und in Krakauer Schlachten zu lassen und das frischgeschlachtete Schweinefleisch (lebende Schweine dürfen von Galizien nicht nach Oberschlesien eingeführt werden) nach Oberschlesien und weit darüber hinaus bis nach Posen zu bringen. Krakauer Viehhändler sollen im Grunde mit preussischen Geldern aus geschäftlichem Interesse den ober-schlesischen Fleischern entgegenzukommen suchen durch möglichst billigen Aufkauf des auf den Krakauer Markt kommenden Vorstübes. Doch gelingt dieser Plan nicht, da es den Fleischern möglich ist, ihren Bedarf im galizischen Lande selbst zu decken. Unter diesen Umständen glaubt man in Oberschlesien, daß die jetzt auf neue entstandene Fleischversorgung bald überwunden sein wird, und man hier endlich wieder zu erträglichen Schweinepreisen kommen werde. Was aber werden unsere notleidenden Agrarier zu der ganz programmwidrigen Einfuhr solcher Massen geschlachteten Fleisches sagen? Das können sie sich doch nicht gefallen lassen?

Unberechtigter Versammlungsauflösung.

Der Rechtsanwalt Karpinski zu Gnesen hatte zum 7. Mai 1905 nach dem katholischen Vereinshaus eine öffentliche Versammlung einberufen und schon im April die Polizei-Vermahnung eruchte, daß sich an einen Vortrag über die Konstitution vom 3. Mai 1791 Deklamationen und musikalische Beiträge anschließen dürften. Die Polizeiverwaltung unterlegte eine derartige Veranstaltung auf Grund der Polizeiverordnung vom 3. Januar 1885, welche sich auf öffentliche Theater-Vorstellungen und ähnliche Veranstaltungen bezieht und diese von einer vorherigen Genehmigung der Ortspolizeibehörde abhängig macht. (Wegen dieses Verbotes soll noch ein Verwaltungsstreitverfahren schweben.) Nachdem das Verbot ergangen war, meldete Herr Karpinski für denselben Tag, wo jene Veranstaltung vor sich gehen sollte, und für dasselbe Lokal eine einfache Versammlung an. Es erschienen etwa 200 Polen. Rechtsanwalt Karpinski begann, hinter ein Rednerpult stehend, einen Vortrag. Als der überwachende Polizeikommissar herauskam, daß es sich um einen Vortrag über die Konstitution vom 3. Mai 1791 handelte, löste er ohne jede Begründung die Versammlung auf. Auf Vorhaltung des Rechtsanwalts Karpinski bei der Polizeiverwaltung erhielt er den lakonischen Bescheid, daß der Kommissar zur Auflösung der Versammlung berechtigt gewesen sei. Der Regierungspräsident wies eine Beschwerde Karpinski's ab und der Oberpräsident der Provinz Posen verwarf eine weitere Beschwerde ebenfalls. Begründend wurde ausgeführt, die Auflösung rechtfertige sich deshalb, weil der überwachende Kommissar habe annehmen können, daß unter dem Deckmantel einer einfachen Versammlung habe versucht werden sollen, das verbotene Programm zur Ausführung zu bringen und jenes Verbot zu umgehen. Dafür spreche die Wahl desselben Orts, desselben Zeit und der Umstand, daß Karpinski auch mit dem als ersten Programmpunkt des Festes vorgezeichneten Vortrag über die Konstitution vom 3. Mai 1791 begonnen habe. Auch sei kein Bureau gewählt worden, wie bei Versammlungen üblich.

Es erhob nunmehr Klage beim Ober-Verwaltungsgericht zu Berlin. Das Ober-Verwaltungsgericht gab auch am Freitag der Klage statt und setzte unter Aufhebung des Bescheides die Versammlung des Kommissars und des Oberpräsidenten die Verfügung der Polizeiverwaltung, welche die Auflösung billigte, außer Kraft. Die Auflösung sei nicht gerechtfertigt gewesen. Die Klage gegen die Polen war also wieder einmal verurteilt.

Noch ein Pöter-Kassas?

Man schreibt dem „Oberschl. Tagebl.“ aus Lipine: Ein zweites Monatslohn für diese Tage nicht mehr zu zahlen; es müssen da hohe Beiträge umgelegt werden sein, denn der Bauarbeiter soll an 3000 Mk. gewonnen haben. Einer der „Leidtragenden“, ein junger Pöterarbeiter, soll ca. 1400 Mk. verloren haben. Die Spieler sollen bereits zur Anzeige gelangt sein.

Raubmord in Ostrowo.

S. u. S. Posen, 12. Januar.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Zu Beginn der heutigen Verhandlung beschloß auf Antrag der Verteidigung das Gericht, die beiden Angeklagten rasieren und kämmen zu lassen. Es soll das nicht mit einem Rasiermesser, sondern mit einem Rasierhobel und unter Anwendung der größten Vorsichtsmaßregeln geschehen. Weiter soll der Barbier Urbed aus Ostrowo geladen werden, von dem der Ostrowoer Korrespondent der „Pos. N. N.“ die gestern angezogene Notiz erhalten hat.

Sobann erstattete Richtschreiber Dr. Jeserich-Berlin sein Gutachten. Ihm wurden die Uniformen, die Hosen, die Schuhe, Strümpfe und die Seitengewehre der beiden Angeklagten überhandt, um sie auf vorhandene Blutspuren hin zu untersuchen. Er hat Blut an den Hosen und Hosen gefunden, und zwar Menschenblut. An den Kleidern des Geppert befinden sich die Blutspuren, die Spritzer und keine Blutspuren sind, nur rechtsseitig, an denen des Kossnik nur linksseitig. Der Sachverständige hat ferner festgestellt, daß das Alter des Blutes an den Kleidern der Angeklagten ungefähr gleich sein muß. Die Verteilung der Blutspuren war bei beiden Angeklagten sehr regelmäßig, was ebenfalls darauf hinweist, daß die Blutspuren zu gleicher Zeit auf die Kleider gekommen sein müssen. Die Spritzer auf Geppert's Hosen müssen noigebunden in senkrechter Form von unten auf das Bein gekommen sein. Ausgeschlossen ist, daß das Blut Rosenblut oder, was Kossnik angegeben hatte, Menstruationsblut ist. An den Seitengewehren hat der Sachverständige kein Blut gefunden, dagegen Leinwandfasern, was zu der Vermutung Anlaß gibt, daß etwa vorhanden gewesen Blut abgewischt ist. An Geppert's Mütze hat er nichts gefunden, an derjenigen Kossnik's dagegen einige Blutspuren.

Es begann dann die Vernehmung der ca. 60 Zeugen, die gestern auf Antrag der Verteidigung geladen sind. Es sind dies die Kellnerinnen aus der Kaffeehauskneipe in Ostrowo und die seiner Zeit zur Pionierabteilung abkommandierten Infanteristen des 155. Regiments. Mit einem der letzteren will sich Kossnik bekanntlich zur Zeit der Mordtat in einem Lokal mit Kellnerinnen-Belebung aufgehalten haben und damit den Mißbehweits führen. Dieser mißglaube jedoch. Weder die Kellnerinnen noch die zum Rekrutenbau abkommandierten Soldaten kannten den Angeklagten Kossnik, noch waren sie am Abend des 5. November mit ihm zusammen gewesen. — Dann wurden die Verhandlungen auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Kriegsgericht in Posen die wegen Raubmordes an dem Ackerwirt Josef Glapa aus Neu-Frempa und dessen Sohn angeklagten Müllermeister Kossnik und Geppert vom 155. Infanterie-Regiment in Ostrowo zum Tode und Ausstoßung aus dem Heere.

Sirchberg, 15. Januar. Stadiverordneten-Sitzung. Die erste Sitzung am 12. h. Mts. stand im Zeichen des Frachs und Pfänders, galt es doch, die neu resp. wiedergewählten Stadtväter in ihr verantwortungsvolles Amt einzuführen und zu verpflichten. Zu Beginn der Sitzung hielt Erster Bürgermeister Hering eine ziemlich lange Rede, worin er vor allem seiner Freude Ausdruck gab, daß Herr Senator Dr. S. u. S., der auf sein würdevolles Jubiläum als Stadiverordneter zurückblickt, sich wieder unter den neuen Stadtvätern befindet. Die Gemeinden lebten in ersten Zeiten, so daß die Städte alle Ursache haben, fest zusammenzubacken gegen Angriffe auf das Selbstverwaltungsrecht, dieses kostbare Kleinod und Erbsitz der Städteordnung. Redner streift kurz das Schulunterhaltungs-Gesetz, die Eingemeindung von Gumnorsdorf und freut sich, konstataren zu können, daß die Versammlung wieder aus Männern bestehe, die bereit seien, für das allgemeine Beste einzutreten. Nach der Verpflichtung ergriff hierauf der bekannte liberale Verbandsgründer, Rechtsanwalt Dr. Kater das Wort, um zu versichern, daß die neuen Herren trotz der Jugend mancher unter ihnen, alle für die Hebung der Kultur in der guten Stadt Sirchberg eintreten werden.

Hierauf erfolgt einstimmige Wiederwahl des Bureaus. Bei Besprechung der Beschlüsse des schlesischen Städtetages wurde von 18 Abgeordneten folgender Antrag gestellt: „Die Unterzeichneten beantragen hiermit, die Stadtväterversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit den Stadtvörtern geeignete Maßregeln zu treffen, um die der Selbstverwaltung der Städte durch den preussischen Schulgesetzwurf drohende Gefahr abzumehren.“

Stadtv. Dr. Ullrich nennt das Gesetz eine Verhöhnung der Selbstverwaltung. Sirchberg, als eine Stadt freierlicher Entscheidung habe allen Anlaß, seinen Standpunkt nach außen festzusetzen. Er schlägt deshalb folgenden Antrag vor: „Der Magistrat und die Stadtväterversammlung erlassen in dem Entwurfe zu einem Schulunterhaltungs-Gesetz eine schwere Gefahr für das Volksschulwesen. Sie legen gemeinschaftlich Verwahrung ein gegen die geplante Auslieferung der Schule an die Kirche und die Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden in Schulkragen.“

Die Versammlung nimmt den Antrag einstimmig an und soll dieser durch den Vertreter im Landtag, Herrn Amtsborscher Bänisch-Schmidblein bei Beratung des Gesetzesentwurfs eingebracht und vertreten werden. — Die guten Leuten! Wenn Herr Bänisch-Schmidblein auf seinem Standpunkt beharrt, den er vor kurzem in einer Lehrerversammlung betrat, und bei welcher Gelegenheit er auch für sein Eintreten für die konfessionelle Schule sich eine gehörige Blamage holte, so wird es wohl bei dem Beschlusse der „freierlichen“ Stadtväterversammlung bleiben. Wir trauen diesem Herrn den Mut nicht zu, für die Simultanschule auf Wunsch seiner Wähler einzutreten. — Zur Kenntnis gebracht wird sodann die Beschäftigung des Status und des gewählten Kuratoriums der Realschule. Unbegründlich sollte dies Kuratorium ohne Wahl aus der evangelischen, katholischen und jüdischen Geistlichen zusammengesetzt werden. — Für die notleidenden Deutschen in Rußland bewilligte die Versammlung auf Antrag des Magistrats 100 Mark. — Ein weiterer Magistratsantrag bezieht sich den Beitritt der Stadt zum Verbands der Kurorte und Sommerfrischen im Riesen- und Hiesgebirge, wozu 50 Mark Jahresbeitrag erforderlich sind. Stadtv. Wenke rügt das ausbeuterische Treiben einzelner Gastwirte im Gebirge, und sollte dieser Verband nur zu Klammern dienen, wozu er vor dem Beitritt. Der Antrag wird aber angenommen.

Eine lebhaft erregte Debatte entspinnt sich über den weiteren Antrag des Magistrats, die Stadtväterversammlung möge die Zustimmung geben zur Uebernahme der Unterhaltungspflicht dieser Wege auf dem Gelände zwischen Strauß' Hotel über den Bahnhofvorplatz nach dem Ostende des Bahnhofs. Der Eisenbahnbesitzer behauptet, dort eine Ueberführung zu erbauen. Die Stadtv. Dr. Ullrich, Ullmann, Strauß, und Kaspar führen ein längeres Vorgespräch mit dem Herrn Ersten Bürgermeister, was denn auch zur Folge hat, daß der Antrag einstimmig abgelehnt wird. — Herrn Mechaniker Fiedler werden für Freilegung des Durchganges von der Dichten zur Kreuzer Burgstraße 300 Mark bewilligt. Den Schluß bilden die einzelnen Verwaltungen.

Gumnorsdorf i. M., 13. Januar. Mit der Eingemeindungstrage beschloß sich am Freitag neben dem Stadtväterkollegium in Sirchberg auch die Gumnorsdorfer Gemeindevorstellung. In geheimer Sitzung berieten die Vertreter über einen von zehn Mitgliedern der Räteversammlung unterzeichneten Antrag nach Einleitung von Verhandlungen mit dem Magistrat der Stadt Sirchberg. Nach längerer Erörterung wurde beschloßen, wegen der schwersten Wasserlieferungsfrage und der etwaigen Eingemeindung mit Sirchberg in Verhandlungen zu treten. Es wurde

zu dem Zwecke eine fünfgliedrige Kommission, bestehend aus den Herren Gumbel, Radwiz, Bauunternehmer Grabs, Rentier Dellmann, Dampfsegelebesitzer Herrmann und Zimmermeister Werner gewählt. Damit ist nunmehr von den Gumnorsdorfern der erste Schritt zur Verständigung getan worden und nach den Erklärungen des Ersten Bürgermeisters Hartung ist nicht zu befürchten, daß die Verhandlungen jetzt etwa in Fischberg auf grundsätzlichen Widerstand stoßen werden.

Grunau bei Sirchberg, den 13. Januar. Unsere Freunde, die Feinde! Die letzten Ereignisse in dem Arbeiterbörchen Grunau haben den gewaltigen Herrn Amtsborscher und Volksvertreter im Dreiklassen-Parlament gepöbeln in Erregung gebracht. Nicht nur, daß er veranlaßt, daß den organisierten Arbeitern ihr Versammlungsrecht eingeschränkt wurde, indem er ihnen ihr schönes Lokal vorenthielt, sondern auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeiterbundes über den Einfluß in der ungläubigsten Weise. Den organisierten Mitgliedern der hiesigen Musikfabelle wurde nicht nur streng verboten, bei den Festen des Arbeitervereins zu spielen, sondern auch der von den Genossen hochkottierte Wirt wurde veranlaßt, diese „roten Gefellen“ nicht mehr zu beschäftigen, was dieser auch gewissenhaft getan, denn: „Dar will's zu honn.“ Da diese Maßregeln unsere Genossen nicht im mindesten abschreckten, den wortbrüchigen Wirt zu meiden, so sann man von anderer Seite auf suchbare Rache. Flugs wurde für Freitag ein außerordentlicher General-Appl bei Herrn Hauptmann angelegt, um über die „Frevler“ zu richten. Wir werden auf das Urteil dieses Strafgerichts noch zurückkommen, empfehlen dem Herrn Bänisch-Schmidblein einzuweisen, was diese „roten“ einfach auszuschließen; dann ist er über den ganzen Verein los, weshalb wir begierig sind, welche neuen Maßnahmen dieser Herr wieder anwenden wird. Das „Sirchberger Tageblatt“, das Organ des Herrn Abgeordneten H. S., hat speziell in den letzten Tagen ganz erstaunliches in Verhöhnung und Herabwürdigung der Arbeiterkraft und ihrer Organisation geleistet, wollen wir bei dieser Gelegenheit ganz besonders auf diese Machinationen aufmerksam machen. Der seit kurzer Zeit in diesem Blättchen erster Güte eingetretene Wechsel in der Redaktion (Blattentausch mit D. S.) soll wohl auch wünschenswerte Geschehnisse publiziert werden?

Nur zu, der Sozialdemokratie gereicht es nur zum Vorteil, und auch die Grunauer Genossen werden ganz nach dem Sprichwort: „Wie Du mir, so ich Dir“ verfahren und den englischen Wirt des „Braunen Hirschen“ nötigenfalls anderwärts heranziehen, sein Lokal wieder heranziehen, da es sich doch nicht genug gezeigt hat, daß dieser nur von den Arbeitergroßen lebt. Zu den Feiertagen war es trotz größter Mühe nicht möglich, eine Tanzgesellschaft abzuhalten, weil eben die Arbeiter weggeblieben waren und Lokale aufgesucht hatten, wo sie auch zu Versammlungen gern gesehen werden. Von den Grunauer Genossen fordern wir, auch ferner fest zusammen zu halten und weiter für die Verbreitung der Parteipresse mit tätig zu sein. Die Sirchberger Genossen nehmen zu jeder Zeit Befestigungen auf die „Wassergeschichte“, ebenso Anmeldungen zum Sozialdemokratischen Wahlverein entgegen und wird mit Sicherheit erwartet, daß der frühere gute Stamm nicht nur wieder gewonnen, sondern um ein Bedeutendes überholt wird.

Benken, 12. Jan. Die frömmelnden Korfanten-Aner. Aus Anlaß der Gründung eines polnisch-sozialdemokratischen Vereins für Benken, Tarnowitz und Umgebungen bemerkte der „Kattow.“ bei Erwähnung dieser Mächte, daß die geübte Verunst der polnischen Arbeiter den Sozialisten hoffentlich nicht gestatten werde, sich in Ober-schlesien breit zu machen. Die Sozialdemokratie sei nicht für die Polen, da die Polen katholisch und polnisch, die Sozialdemokratie aber religionslos und antinational sei. (1) Darauf antwortete die „Gazeta Robotnicza“ folgendes: „Die Warnung des „Kattow.“ wird nur in dem Grade Erfolg haben, soweit es ihm gelingt wird, die Benkenner Bevölkerung in Unwissenheit zu erhalten. Wir haben den sozialdemokratischen Verein in Benken in der Absicht gegründet, das polnische Volk mit dem Sozialismus bekannt zu machen, damit es die Wahrheit erkenne. Dann wird es seinen bisherigen Verbannern selbst Valet sagen.“

Posen, 13. Januar. Eine unnatürliche Tochter hatte sich vor dem Schöffengericht Lauenburg zu verantworten. Die Arbeiterfrau U. war wegen großer Mißhandlung ihrer 73jährigen Mutter angeklagt. Die Zeugenvernehmung ergab, daß die Greisin, die seit langen Jahren bei der Tochter wohnte, von letzterer fortgesetzt in argster Weise mißhandelt, blutig geschlagen, gewürgt und mit Lederschlag bedroht worden war. Die arme Frau wurde überdies von der Tochter zum Betteln angehalten, und es ging ihr schlecht, wenn sie nicht genug nach Hause brachte. Einmal wurde die Greisin zur Tür hinausgeworfen und fiel die Treppe hinunter, wo sie schwer verletzt liegen blieb. Der Schwachsinnige allerdings im Leben beider Frauen eine traurige Rolle. Das Gericht ging über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß von vier Monaten Gefängnis hinaus und verurteilte die graufame Tochter zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Wochen Haft.

Schulante, 13. Januar. Infolge des Tabakarbeiter-Streiks hat die Zigarettenfabrik B. M. Eppenstein Söhne ihren Fabrikationsbetrieb nach Grauburg verlegt; bereit sollen dort 100 Arbeiter Beschäftigung finden; eine andere hiesige Fabrik verlegt demnach ihren Betrieb nach Bromberg. — Glaubst man dort „zufriedenere“ Arbeiter zu finden? Wenn man sich nur nicht täuscht!

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Striegau wurde am Freitag dem Kolporteur Paul Langert vor dem Saale des Pferdehändlers Grundmann, Jauerstraße, das Fahrrad des Wankers Nr. 56.750, gestohlen. Das Rad ist schwarz emailliert, auch die Felgen, und hat im Rahmen unterhalb der Sattelkappe eine Peale. Hinterreifen ganz neu. Die vermißte Mutter an der linken Pedale ist verloren gegangen und durch eine gewöhnliche sechseckige Mutter ersetzt. Vor Ankauf wird gewarnt. — Der „Vote“ aus dem Kreislande: melbet: Der Regierungspräsident hat der Eisenbahn-Gesellschaft Beder u. Co., G. m. b. H., zu Berlin, die Erlaubnis zur Ausführung von Vorarbeiten für eine normalspurige Bahnverbindung von Fredeburg (Celle) nach Alvensberg erteilt und der Bezirks-Ausschuß hat auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 die erforderliche Anordnung wegen des Betretens fremder Grundstücke getroffen. — Am dem Bahnhof Steinbüchel (Kreis Striehlen) war der Weichensteller Waldemar beim Rangieren behilflich und trat in das Geleise, als ein abgestoßener Wagen sich den bereits dort stehenden näherte. Dabei verlor er es, wurde durch die Räder erlegt und getötet, so daß der Bruchforter zusammengebrückt wurde. Der Tod war auf der Stelle eingetreten. — Am 12. h. Mts. Abends wurde in Alvensberg die Frau des Altmehrschmieds Riech aus Neublan bei Langenbiersau wegen Mordes verurteilt. Die Verhaftete ist gebürtig, ihren Mann, mit dem sie erst seit etwa acht Tagen verheiratet war, ermordet zu haben. Die Frau war vor ihrer Verheiratung in Kattowitz als Krankenpflegerin unter dem Namen Schmidt tätig gewesen und ertrug sich dort eines guten Kennenworts. — Das Schwurgericht Schneidemühl verurteilte die Arbeiterfrau Amanda Will aus Bohndel, die ihre Mutter durch Schläge mit einem Pantoffel und Fußtritte getötet hat, weil sie sich geweigert hatte, Kattowitz zu verlassen, zu fünf Jahren Zuchthaus. — Vor der Bromberger Strafkammer hatte sich der Wirt F. Dominegal aus Mamiß wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde. Am 11. September v. J. geriet der Arbeiter L. Kulzinski in das Getriebe der Drehmaschine, welches der Angeklagte verabsäumt hatte, mit einer Schutzvorrichtung zu versehen, so unglücklich, daß er infolge der erlittenen Verletzungen am selben Abend starb. Das Urteil gegen den Angeklagten lautete auf 2 Monate Gefängnis.